

# Die Ökonomie neu denken

**Eine kritische Analyse einiger Grundlagen der Volkswirtschaftslehre**

**Die Analyse der Ursachen für die seit 25 Jahren ungelösten Probleme**

**Ansätze für eine systematische Lösung der Probleme**

**Vorschläge für konkrete Lösungsschritte**

**von Franz Groll, Gechingen, Mai 2006**

**Autor des Buches**

**„Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert – Der Weg zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft“**

---

Seit einem Vierteljahrhundert haben wir in der Wirtschaftspolitik die gleichen Probleme: Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Überforderung der Ökosysteme. Zusätzlich müssen wir uns auf die Bewältigung des demographischen Wandels vorbereiten. Von der Lösung dieser Probleme sind unsere Politiker und die Wirtschaftswissenschaften weit entfernt; im Gegenteil, die Probleme werden von Jahr zu Jahr größer.

In diesem Aufsatz werden wichtige Schritte zur Bewältigung der Probleme aufgezeigt. Um die Lösungsvorschläge besser zu verstehen, werden zuerst wichtige volkswirtschaftliche Grundlagen erörtert. Dabei wird auch klar, weshalb die neoliberale Politik mit Steuersenkungen, Privatisierungen, Sozialabbau und grenzenloser Globalisierung erfolglos war und erfolglos bleiben wird.

**1. Die kritische Analyse einiger Grundlagen der Volkswirtschaftslehre**

- Die falsch verstandenen Lehrmeister 3
- Auch Meister können sich irren 4
  - Bildung und natürliche Ressourcen, die Grundlagen des Wohlstandes der Menschen
- Erforderliches Gleichgewicht von Sparen und Konsumieren 6
  - Neoliberale Umverteilung
  - Kaputtsparen für die Altersvorsorge
  - Kapital geht wegen Überliquidität ans Ausland verloren
- Welche Funktion hat Geld? 7
  - Tauschen, aufbewahren, überbrücken
  - Grenzen der Aufbewahrungsfunktion
- Zukunftsinvestitionen sind notwendig 8
  - Was sind Zukunftsinvestitionen
  - Die Speicherung von Leistung
  - Finanzierung der Investitionen mit Staatsschulden – eine Mogelpackung
  - Wir müssen mehr in die Zukunft investieren
  - Auswirkungen der Finanzierung der Investitionen auf die wirtschaftliche Entwicklung
- Die grenzenlose Globalisierung führt zu Lohndumping und Ausbeutung 10
- Fazit 11

**2. Die systematische Lösung der Probleme**

- Die zu lösenden Probleme 12
  - Die Staatsverschuldung
  - Zukunftsinvestitionen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit
  - Die Bewältigung des demographischen Wandels
  - Ist der demographische Wandel wirklich ein Problem?
  - Die ökologische Verantwortung
  - Das Lösungskonzept
- Die erforderlichen Veränderungen 14
  - Den Rohstoffeinsatz statt die Arbeit rationalisieren
  - Ordnungspolitische Maßnahmen
  - Mit Steuern steuern
  - Das Konzept der Ressourcensteuer
  - Die gerechte Weltwirtschaftsordnung
  - Die „kleine Globalisierung“ innerhalb der EU
  - Stagnation trotz Überliquidität – Umverteilung tut Not
  - Auch Arbeitszeitverkürzung ist erforderlich
  - Zukunftsinvestitionen in Menschen anderer Länder
- Eine andere Welt ist möglich 20
  - Was noch fehlt: Auswege aus der spätkapitalistischen Krise

# 1. Die kritische Analyse einiger Grundlagen der Volkswirtschaftslehre

## Die falsch verstandenen Lehrmeister

*Adam Smith* ist wohl der wichtigste Lehrmeister der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ökonomie. Auf ihn geht die Überzeugung zurück, dass das freie Spiel der Marktkräfte, also das Wirken dieser „unsichtbaren Hand“, wie es Smith nannte, am besten und schnellsten den Nationen zu Wohlstand verhelfen wird.

Auch für die heute allgemein anerkannte Überzeugung, dass das Kapital dort eingesetzt werden muss, wo der höchste *Gewinn* erzielt wird – und sei es in der Spekulation – beruft man sich auf Smith. Wer aber Smiths Buch „Der Wohlstand der Nationen“ liest, wird feststellen, dass Smith das gar nicht gesagt hat. Ich zitiere die dazu wichtigsten Passagen:

„Der einzelne ist stets darauf bedacht, herauszufinden, wo er sein Kapital, über das er verfügt, so vorteilhaft wie nur irgend möglich einsetzen kann. Und tatsächlich hat er dabei den eigenen Vorteil im Auge und nicht etwa den der Volkswirtschaft. Aber gerade das Streben nach seinem eigenen Vorteil ist es, das ihn ganz von selbst oder vielmehr notwendigerweise dazu führt, sein Kapital dort einzusetzen, wo es auch dem ganzen Land den größten Nutzen bringt. Erstens ist ein jeder bestrebt, viel von seinem Kapital möglichst in der nächsten Umgebung und folglich zur Unterstützung des einheimischen Gewerbes zu investieren, natürlich immer vorausgesetzt, er kann damit die übliche Kapitalverzinsung, zumindest nicht viel weniger als diese, erzielen. [...] Wie ich aber bereits dargelegt habe, führt ein Kapitaleinsatz im Binnenhandel zu einer stärkeren Wirtschaftsbelebung im Lande und erhöht Einkommen und Beschäftigung für weitaus mehr Menschen, als dies bei gleich hoher Investition im Außenhandel der Fall wäre. [...] Zweitens wird jeder, der sein Kapital zur Unterstützung der eigenen Volkswirtschaft investiert, notwendigerweise bestrebt sein, die wirtschaftliche Aktivität so zu lenken, dass ihr Ertrag den größtmöglichen Wert erzielen kann.“

Adam Smith befürwortet also primär *Investitionen im eigenen Land*. Er fährt fort:

„Der Ertrag einer jeden Erwerbstätigkeit ist der zusätzliche Wert, den ein Gegenstand oder ein Rohstoff durch sie erlangt. Je nachdem, ob nun der Wert dieses Ertrages größer oder kleiner ausfällt, ist auch der Gewinn des Unternehmers höher oder niedriger. Da aber jeder Mensch Kapital zur Unterstützung eines Erwerbsstrebens nur mit Aussicht auf Gewinn einsetzt, wird er stets bestrebt sein, es zur Hilfe für solche Erwerbe anzulegen, deren Ertrag voraussichtlich den höchsten Wert haben wird oder für den er das meiste Geld oder die meisten anderen Waren bekommen kann. [...] Wenn daher jeder einzelne soviel wie nur möglich danach

trachtet, sein Kapital zur Unterstützung der einheimischen Erwerbstätigkeit einzusetzen, und dadurch diese so lenkt, dass ihr Ertrag den höchsten Wertzuwachs erwarten lässt, dann bemüht sich auch jeder einzelne ganz zwangsläufig, dass das Volkseinkommen im Jahr so groß wie möglich werden wird. Tatsächlich fördert er in der Regel nicht bewusst das Allgemeinwohl, noch weiß er, wie hoch der eigene Beitrag ist. Wenn er es vorzieht, die nationale Wirtschaft anstatt die ausländische zu unterstützen, denkt er eigentlich nur an die eigene Sicherheit, und wenn er dadurch die Erwerbstätigkeit so fördert, dass ihr Ertrag den höchsten Wert erzielen kann, strebt er lediglich nach eigenem Gewinn. Und er wird in diesem wie auch in vielen anderen Fällen von einer *unsichtbaren Hand* geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat.“

Adam Smith geht also davon aus, dass stets dort der höchste Gewinn erwirtschaftet wird, wo die höchste *Wertschöpfung* erreicht wird. Dies ist aber nie in der Spekulation der Fall, hier werden nämlich überhaupt keine zusätzlichen Werte geschaffen, es wird nur Besitz von einer oder vielen „Taschen“ in eine andere „Tasche“ verschoben. Meistens werden dabei Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert, also der gesamten Gesellschaft aufgebürdet. Diese Verwendung des Kapitals war für Smith noch undenkbar. Der derzeitige Spätkapitalismus ist auf dem besten Weg, sich selbst zu zerstören, das fürchtet inzwischen selbst George Soros, der erfolgreichste Spekulant der Nachkriegszeit und Autor des Buches: „Die Krise des globalen Kapitalismus“.

*David Ricardo* ist ebenfalls ein bedeutender Lehrmeister der Ökonomie. Er wirkte Anfang des 19. Jahrhunderts. Von ihm stammt das Theorem von *der Nutzung des komparativen Kostenvorteils*, mit dem heute die grenzenlose Globalisierung begründet wird. Ricardo hatte sich überlegt, wie man mit den begrenzt vorhandenen Produktionsfaktoren – im herkömmlichen Sinne also Kapital, Arbeit und Boden –, man nennt sie auch die knappen Güter, ein **Maximum an Wertschöpfung** erreichen kann.

Die im jeweiligen Zeitabschnitt maximale mögliche Wertschöpfung kann nur dann erreicht werden, wenn die vorhandenen Produktionsfaktoren bestmöglich genutzt werden. Für den Produktionsfaktor Arbeit bedeutet das, dass keine Arbeitslosigkeit herrscht. Für diesen Fall hatte sich Ricardo überlegt, könne man im internationalen Verbund die Wertschöpfung noch steigern, wenn man die komparativen Kostenvorteile, besser ausgedrückt: *die komparativen Produktivitätsvorteile* des jeweiligen Landes, nutzt.

Ricardo meinte damit nicht, dass ein Produkt dort herzustellen ist, wo das niedrigste Lohnniveau herrscht, (zu seiner Zeit waren die Löhne überall niedrig), sondern dort, wo es mit dem geringsten Einsatz an Produktionsfaktoren, also mit der höchsten Produktivität, möglich ist. Die Wertschöpfung wird dann maximiert, wenn sich jeder

auf das spezialisiert, wo er im Vergleich (komparativ) mit anderen seine persönliche – nicht notwendigerweise die absolute – Bestleistung erzielt.

Ich will das an einem Beispiel erklären:

Nehmen wir an, in einer Schlosserei arbeiten zwei Mitarbeiter. Einer davon ist in allen Arbeiten spitze. Der Zweite ist in allen Tätigkeiten weit unterlegen, beim Schweißen erbringt er aber akzeptable Leistungen.

Wenn so viel Aufträge vorliegen, dass für beide Mitarbeiter genügend Arbeit da ist, also Vollbeschäftigung herrscht, dann wird der Meister nicht beide Mitarbeiter alle Arbeiten verrichten lassen, sondern den schwächeren Mitarbeiter beim Schweißen einsetzen, und für die übrigen Arbeiten den Leistungsträger, dann erzielt er ein Maximum an Ausbringung.

In diesem Kontext ist Ricardos Theorem zu verstehen.

Ricardos Theorem wird heute völlig falsch angewandt, weil nirgends Vollbeschäftigung herrscht und durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen häufig nicht mehr produziert wird, sondern nur billiger, weil eine teurere Arbeitskraft durch eine billigere arbeitslose Arbeitskraft ersetzt wird und die teurere Arbeitskraft arbeitslos wird. Das Ziel von Ricardos Theorem, nämlich die Wertschöpfung zu steigern – und damit den Wohlstand – wird so nicht erreicht.

Sowohl Adam Smith, wie auch David Ricardo werden – bewusst oder unbewusst – falsch interpretiert und so verfälscht für die Durchsetzung einer verhängnisvollen Wirtschaftsordnung als „Zeugen“ missbraucht. Wir dürfen uns daher nicht wundern, dass die grenzenlose Globalisierung die versprochenen Verheißungen nicht erfüllt hat und auch weiterhin nicht erfüllen wird.

John Maynard Keynes wirkte von 1926 bis zu seinem Tod 1946. Er war ein sehr einflussreicher Ökonom und der Keynesianismus war bis in die 70er Jahre die prägende Volkswirtschaftslehre. 1936 veröffentlichte er sein Hauptwerk, das Buch *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. Darin widerspricht er unter anderem der bis dahin von der klassischen, liberalen Volkswirtschaftslehre und von der Neoklassik vortragenen Überzeugung, dass das freie Spiel von Angebot und Nachfrage alle Marktsegmente optimal steuere. Der Kapitalmarkt würde über den Zins, der Arbeitsmarkt über die Löhne und der Gütermarkt über die Preise stets im Gleichgewicht gehalten.

Dieser Glaube an die Selbstregelungskräfte des Marktes kam nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 und der anschließenden lang anhaltenden Depression ins Wanken. Keynes zeigte auf, dass es falsch ist, wenn bei Arbeitslosigkeit die Löhne sinken, weil das die Nachfrage zusätzlich schwächt, und die Gefahr besteht, dass aus einer Rezession eine Depression wird. Er empfahl für solche Situationen, in der die Konjunktur durch interne oder externe Störungen und Irritationen ins Stocken gerät, ein aktives Eingreifen des Staates, bis wieder eine normale Entwicklung erreicht ist. Der Staat müsse in diesen Situationen antizyklisch durch „deficit spending“, also durch eine vorübergehende staatliche Verschuldung, den Konjunkturreinbruch ausgleichen.

Es ist äußerst bedauerlich, dass Keynes meistens so interpretiert wird, als wäre dies seine Empfeh-

lung für alle Konjunkturschwächephase. Ende des 2. Weltkrieges wurde Keynes in eine Beraterkommission berufen, die der englischen Regierung Empfehlungen für die Nachkriegsökonomie ausarbeiten musste. In dieser Aufgabe sagte Keynes eine Entwicklung in 3 Phasen voraus:

1. Stürmischer Aufbau mit viel Investitionen und hohen Wachstumsraten.
2. Eine Übergangsphase, in der es immer wieder zu Konjunkturreinbrüchen kommen kann. Für diese Phase empfahl er die Stabilisierung durch eine staatliche, antizyklische Fiskalpolitik.
3. Eine Phase der Sättigung. Für diese Phase gab Keynes, außer einer kräftigen Arbeitszeitverkürzung, keine Empfehlung ab. Er war der Meinung, dass die Regierungen gut beraten sind, wenn sie in dieser Phase auf den Sachverstand der Ökonomen hören, die bis dahin genügend Erkenntnisse gesammelt haben werden, um mit dieser Situation fertig zu werden.

Leider hat sich Keynes an dieser Stelle gehörig getäuscht, denn wir befinden uns seit 25 Jahren in dieser 3. Phase und die Ökonomen haben noch immer nicht die adäquate Lösung vorgeschlagen. Die neoliberalen Marktfundamentalisten – das ist die große Mehrheit der Ökonomen – setzen wieder wie im 18. und 19. Jahrhundert auf das freie Spiel der Marktkräfte, und einige wenige, die nach meiner Meinung Keynes falsch interpretieren, singen das hohe Lied der Staatsverschuldung, in völliger Verkennung der Tatsache, dass diese Methode nur für den Ausgleich eines kurzen Schocks ein taugliches Mittel ist, und nur in diesem Zusammenhang von Keynes empfohlen wurde, nicht aber als ein Dauerzustand in einer Sättigungsphase in der wir uns heute befinden.

## Auch Meister können sich irren

### **Bildung und natürliche Ressourcen, die Grundlagen des Wohlstandes der Menschen**

Wie eingangs schon erwähnt, hat Adam Smith das Kapital, die Arbeitskräfte und den Boden als die Produktionsfaktoren definiert, von deren Verfügbarkeit das Volkseinkommen und damit der Wohlstand der Menschen abhängig ist. Diese Definition hat im Wesentlichen bis heute Gültigkeit, nur dass der Boden meistens nicht mehr als Produktionsfaktor genannt wird, dafür wird aber der technische Fortschritt als dritter Produktionsfaktor betrachtet. Interessant ist, dass Smith ursprünglich auch die Zugtiere als einen vierten Produktionsfaktor ansah, dann aber bemerkte, dass diese mit den Produktionsfaktoren Arbeit, für die Aufzucht, und Boden, für die Weide, hinreichend definiert sind und daher keinen eigenständigen Produktionsfaktor darstellen. Viel gravierender ist nach meiner Meinung, dass er, neben Arbeit und Boden, das Kapital als Produktionsfaktor, also als knappes Gut definiert hat und diese Definition bis heute unangetastet blieb.

Meine These lautet:

Alles was geschaffen und produziert wird, besteht aus natürlichen Ressourcen, die von Menschen mit Wissen und praktischen Fähigkeiten zu einem Produkt geformt werden.

Ein Haus, eine Maschine, ein Spielzeug, alles wird von Menschen aus Rohstoffen hergestellt. Auch für Dienstleistungen sind diese beiden »Produktionsfaktoren« Arbeit (oder der Mensch) und die natürlichen Ressourcen erforderlich.

In jedem Produkt sind diese Produktionsfaktoren gebunden, sie können nicht wieder zurückgegeben werden. Manche eingesetzten Materialien sind zwar wieder verwertbar. Wenn sie für etwas anderes verwendet werden, dann ist aber das ursprüngliche Produkt nicht mehr vorhanden.

Diese beiden Produktionsfaktoren werden also für die Bereitstellung eines Produktes *verbraucht* und können deshalb tatsächlich knapp werden.

**Kapital** (für Investitionen verfügbares Geld) dagegen ist nicht Bestandteil des Produktes. Es wird samt dem „Ausleihlohn“, also dem Zins, ganz dem Besitzer wieder zurückgegeben. Es wird also **nicht verbraucht**, im Gegenteil, es wird bei seiner Nutzung sogar vermehrt;

**und was nicht verbraucht wird, kann auch gar nicht knapp werden!**

Wenn die Produktion oder die Bereitstellung von Dienstleistungen ausgeweitet werden, also das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt und deshalb mehr Kapital benötigt wird, dann wird es von der Notenbank aus dem NICHTS geschaffen.

Es ist kein knappes Gut, kein Produktionsfaktor, es übt nur eine **Überbrückungsfunktion** aus, damit die Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen optimal eingesetzt werden können.

Auch das **Realkapital** (also Maschinen etc.) besteht aus den Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen (wie die Zugtiere aus Arbeit und Boden). Investitionen sind also nichts anderes als der vorweggenommene Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen. Im Realkapital ist Leistung, die bereits erbracht wurde, gespeichert.

Ich nenne das Realkapital auch einen Sekundär-Produktionsfaktor.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch darauf hinweisen, dass auch Investitionen in die Infrastruktur und die politische und soziale Stabilität eines Landes Sekundär-Produktionsfaktoren sind; es sind wichtige Voraussetzungen für die Prosperität der Wirtschaft.

Kapital spielt bei der Entstehung des Volkseinkommens eigentlich nur eine zweitrangige Rolle. Das können wir uns gar nicht mehr vorstellen, weil wir das Kapital als *den* Machtfaktor erleben. Diese Macht hat es aber nur, weil wir meinen, es stünde ihm zu und weil uns mit Erfolg eingeredet wird, dass es der wichtigste Produktionsfaktor sei, ja es wird sogar gesagt und geglaubt, dass der Produktionsfaktor Arbeit durch den Produktionsfaktor Kapital ersetzt werden könne, was ein ganz großer Fehler ist. **Arbeit kann nicht durch Kapital ersetzt werden, wir können nur die Arbeit durch unsere Intelligenz produktiver machen. Dazu müssen wir die Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen in Investitionen, in Realkapital „speichern“ und dafür benötigen wir Kapital als Überbrückungshilfe.**

Von wo das Kapital kommt, ist für den wirtschaftlichen Ablauf gar nicht entscheidend. Es kann zeitgleich gespart, oder bei Wachstumsinvestitionen von der Notenbank aus dem Nichts geschöpft und zur Verfügung gestellt werden. Für den wirtschaftlichen Ablauf ist es völlig gleichbe-

deutend, ob Kapital von ausländischen Investoren oder von der Notenbank kommt. Oft ist es sogar so, dass die (häufig ausländischen) Investoren gar kein eigenes Kapital investieren, sondern Kredite aufnehmen (die auch geschöpftes Geld von der Notenbank sein können), und dann diese zusätzliche Kostenbelastung von der Belegschaft durch zusätzliche Leistung abarbeiten lassen.

Der einzige (aber erhebliche) Unterschied zwischen der Kapitalbereitstellung durch ausländische Investoren und der Finanzierung von Investitionen durch Kapital der eigenen Zentralbank besteht darin, dass die Zinsen im 1. Fall an die privaten Investoren gehen, in diesem Fall also ins Ausland und im 2. Fall über die Zentralbank an den Staat (sofern die Zentralbank nicht auch schon privatisiert ist). Die Kaufkraft bleibt also im 2. Fall im Inland.

Für das Funktionieren dieser Selbstfinanzierung der Investitionen mit geschöpftem Kapital müssen drei Bedingungen erfüllt werden:

1. Mit dem zusätzlichen Kapitaleinsatz muss ein entsprechender Gegenwert (Realkapital) geschaffen werden.
2. Die Investition muss zu einer zusätzlichen Wertschöpfung führen, die dem Wert des neu in Umlauf gebrachten Geldes entspricht.
3. Das durch die Investition in Umlauf gebrachte Geld muss so lange durch eine angemessene Sparrate, „geparkt“ werden, bis die zusätzlichen Produkte oder Dienstleistungen verfügbar sind, andernfalls hätte die Ausweitung des Geldumlaufs eine inflationäre Wirkung.

Interessant ist, dass Südkorea genau mit dieser Methode seine Entwicklung bis 1993 selbst finanziert und innerhalb von 30 Jahren sein Pro-Kopf-Einkommen um über 800 % gesteigert hat. Die Sparrate der privaten Haushalte betrug in der Aufbauphase bis zu 30 %.

Mit diesen Erkenntnissen wird klar, dass der Wohlstand der Menschen nicht von hohen Gewinnen und der Kapitalakkumulation abhängig ist, und schon gar nicht von der Akkumulation in den Händen weniger Kapitalbesitzer, sondern:

**Der Wohlstand ist allein abhängig von:**

- **Der bestmöglichen Ausbildung der Menschen,**
- **dem kontinuierlichen Erhalt, also der Regeneration der Arbeitskräfte und**
- **der vollständigen und bestmöglichen Nutzung der angebotenen menschlichen Arbeitskraft, sowie von**
- **der Sicherstellung der dauerhaften Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen.**

Dies sind die Fundamente für den Wohlstand der Menschen, ohne diese beiden Produktionsfaktoren kann nichts produziert werden.

Es gibt daher keinen Grund sich von den Kapitalbesitzern unter Druck setzen zu lassen.

Sir William Petty, ein englischer Arzt und Ökonom, lebte 100 Jahre vor Adam Smith. Seine These lautet: „Die Arbeit ist der Vater und die Natur ist die Mutter des Wohlstandes der Menschen.“ Diese Aussage deckt sich zu 100 Prozent mit meiner These, dass *nur die Arbeit und die natürlichen Ressourcen* Produktionsfaktoren sind. Ich bin überzeugt, dass diese Erkenntnis, wenn sie in unser Denken Eingang gefunden hat, unser politisches Handeln grundlegend verändern wird.

Es wäre interessant zu wissen, welche Entwicklungen die Wirtschaft und die Gesellschaft ge-



nommen hätten, wenn sich die Thesen von William Petty durchgesetzt hätten und nicht die von Adam Smith.

## Erforderliches Gleichgewicht von Sparen und Konsumieren

Arbeitskräfte können entweder dazu eingesetzt werden, um ein Konsumprodukt beziehungsweise eine Konsum-Dienstleistung zur Verfügung zu stellen, sie können aber auch dazu dienen, die vorhandenen Kapazitäten des Realkapitals auszuweiten, um dadurch die Produktivität der Produktionsfaktoren zu steigern oder neue Produkte und Verfahren zu entwickeln. Im ersten Fall dient ihr Einsatz der direkten Befriedigung von Bedürfnissen, im zweiten Fall sind es Vorleistungen, also Investitionen, um den Wohlstand in der Zukunft zu steigern.

Investitionen können von den Unternehmen nur in der Höhe getätigt werden, wie sie sich durch spätere Verkäufe amortisieren lassen. Wird eine entsprechende Nachfrage nicht erwartet, unterbleibt die Investition.

**Eine Volkswirtschaft kann sich nur dann optimal entwickeln, wenn sich Konsumtion und Ersparnisbildung so im Gleichgewicht befinden, dass das Sparvolumen (einschließlich der Kreditschöpfung) den geplanten Investitionen entspricht, und die Nachfrage nach Konsumprodukten die vorhandenen Kapazitäten auslastet.**

Nach der herrschenden Lehrmeinung der Volkswirtschaft wird dieses Gleichgewicht durch die Zinshöhe erreicht. Dies ist jedoch ein Irrtum, auf den schon Keynes hingewiesen hat. Wer so viel verdient, dass er gar nicht alles sinnvoll verbrauchen kann, wird unabhängig vom Zins sparen; umgekehrt können Menschen mit geringem Einkommen beim besten Willen nicht sparen, da kann der Zins noch so hoch sein, sie brauchen alles für den Lebensunterhalt.

Wegen dieser Einkommensunterschiede und der unterschiedlichen Spar- und Konsumpräferenzen der Wirtschaftsakteure (Arbeitgeber und Kapitalbesitzer verwenden das Einkommen überwiegend für das Sparen bzw. für Investitionen, Arbeitnehmer für den Konsum) kann das erforderliche Gleichgewicht nur dann erreicht werden, wenn die Akteure gleichgewichtig entlohnt werden. Das heißt: Bei zu geringer Konsumneigung, wie dies z.Z. der Fall ist, müssen die unteren und mittleren Nettoeinkommen (zu Lasten der Kapitalbesitzer, Unternehmen und Besserverdienenden) angehoben werden. Zusätzlich ist dafür zu sorgen, dass kein „Notsparen“ (zum Beispiel zur privaten Altersvorsorge) erforderlich ist.

Wenn sich dieses Gleichgewicht nicht durch die Marktkräfte einpendelt, ist der Staat in der Verantwortung, durch eine angemessene Steuer- und Gesellschaftspolitik dieses Gleichgewicht herzustellen. Dies ist in den letzten Jahren nicht erfolgt – im Gegenteil! Heute sind wir von einer gleichgewichtigen Entlohnung weit

entfernt, und dieses Ungleichgewicht wird durch staatliche Maßnahmen noch verstärkt.

## Neoliberale Umverteilung

Das Ungleichgewicht von Konsumieren und Investieren wird *erstens* durch die staatlich geförderte Umverteilung von unten nach oben, also durch die Öffnung der Einkommensschere, gefördert. Dies ist das Ziel der neoliberalen Politik, sie wird auch als die angebotsorientierte Politik bezeichnet, im Gegensatz zur nachfrageorientierten Politik von Keynes. Das Konzept der neoliberalen Ideologie ist simpel, aber falsch. Es lautet:

Die Politik muss dafür sorgen, dass die Unternehmen und Kapitalbesitzer große Gewinne machen und sie müssen steuerlich entlastet werden, dann können sie viel investieren, so steigt die Beschäftigung, somit die Nachfrage und dadurch geht es allen besser.

Die Realität sieht anders aus:

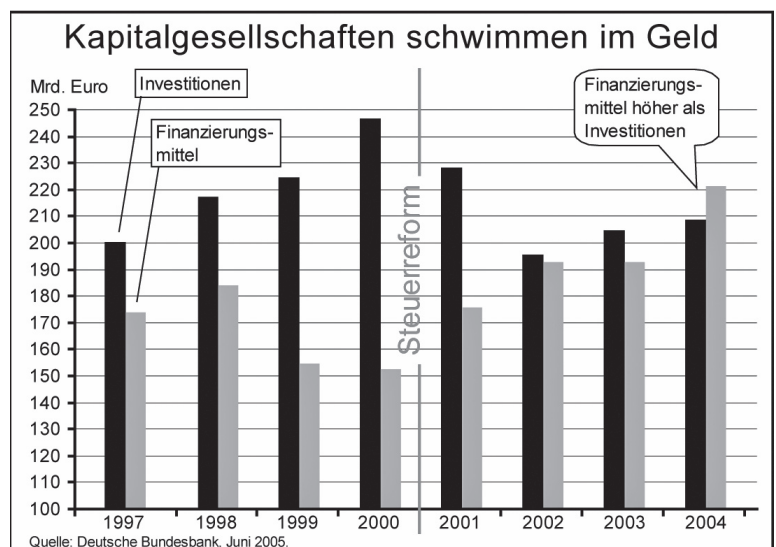
Der erste Schritt wurde lehrbuchmäßig verwirklicht. Die Gewinne sind in den letzten 25 Jahren real um über 120 Prozent gestiegen, gleichzeitig hat sich der Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen halbiert. Die Löhne dagegen sind in den letzten 8 Jahren real um 0,9 Prozent gesunken, dennoch ist ihr Anteil am Steueraufkommen sogar gestiegen, und es wurden Sozialleistungen gekürzt. Es hat eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben stattgefunden.

Die Folgen:

Die sinkenden Reallöhne, die geforderte private Altersvorsorge und die zunehmende Handlungsunfähigkeit des Staates, mit einer Halbierung der öffentlichen Investitionen von 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 1,4 Prozent und die zurückgehende öffentliche Beschäftigung, führten zu einer Inlandsrezession. Dadurch können die Unternehmen die Steuergeschenke nicht mehr investieren, weil die Nachfrage fehlt, die Wirtschaft stagniert.

Die untenstehende Graphik zeigt, dass im Jahr 2004 die Kapitalgesellschaften erstmals mehr Finanzierungsmittel hatten als sie investierten. Die Steuerreform hat also nicht zu einer Erhöhung der Investitionen geführt, sondern zu einer Absenkung, trotz des dramatisch gewachsenen Exports.

Die Folgen der letzten großen Steuerreform beweisen, dass der neoliberale Ansatz von Grund



auf falsch ist, weil er nicht berücksichtigt, dass ein Unternehmen nur dann investieren kann, wenn es für die Mehrproduktion auch Abnehmer hat.

Die steuerliche Entlastung der Besserverdienenden und Kapitalbesitzer hat auch dazu geführt, dass diese privat mehr sparen. Dies verstärkt die Inlandsrezession, weil dadurch die aufgrund der Steuersenkung zurückgehende Kaufkraft des Staates nicht ausgeglichen wird. (Abbildung nebenan)

### Kaputtsparen für die Altersvorsorge

Der zweite Grund für das Ungleichgewicht von Konsumieren und Investieren ist die staatlich geforderte und geförderte private Altersvorsorge zur Kompensation der demographischen Entwicklung. Deutschland hatte wie die meisten europäischen Staaten in den 50er und 60er Jahren einen Geburtenüberschuss. Nach 1964 ist die Geburtenrate innerhalb von acht Jahren um 40 Prozent zurückgegangen. Für die Erhaltung der Bevölkerung wären 50 Prozent mehr Geburten erforderlich als wir heute verzeichnen. Diese geringere Regenerationsleistung führt zu geringeren Ausgaben (Zukunftsinvestitionen) in Höhe von etwa 70 Mrd. € pro Jahr. Dieser Betrag fehlt bei der Inlandsnachfrage.

Die Folge ist, dass sich in Zukunft das Verhältnis der Anzahl an Erwerbstätigen zu Rentnern in kurzer Zeit deutlich verändert. Um die Belastung der geburtenschwachen Jahrgänge in Grenzen zu halten, werden wir aufgefordert, privat fürs Alter vorzusorgen.

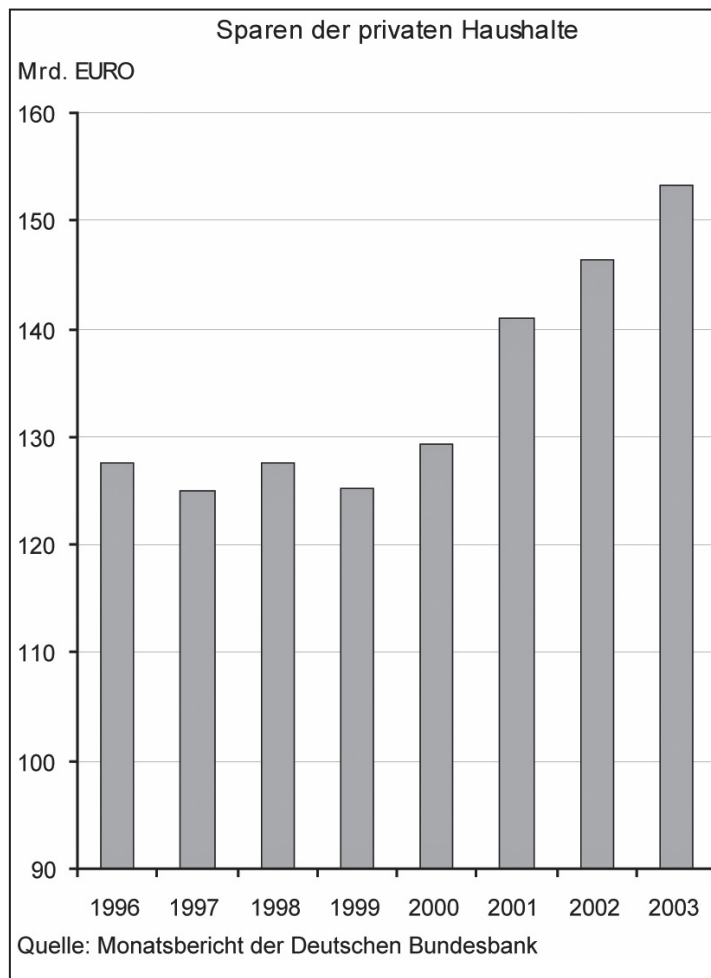
Die oben beschriebenen Effekte der aktuellen Wirtschafts- und Steuerpolitik der etablierten Parteien werden durch das Sparen der aktiven Bevölkerung für die private Altersvorsorge und das Angstsparen, verursacht durch den Sozialabbau und die Angst um den Arbeitsplatz, zusätzlich verstärkt. Wir sparen unsere Wirtschaft kaputt.

### Kapital geht wegen Überliquidität ans Ausland verloren

Die Folge der Gewinnüberschüsse der großen Unternehmen, die Steuerentlastungen für Kapitaleinkommen und Besserverdienende, sowie das Sparen für die private Altersvorsorge ist, dass die Banken für die Einlagen ihrer Kunden im Inland nicht genügend Anlagemöglichkeiten finden und deshalb große Mengen an Kapital als Kredite ins Ausland transferieren müssen, das Kreditsaldo ist negativ. (Abbildung Wachstum vs. Kreditsaldo)

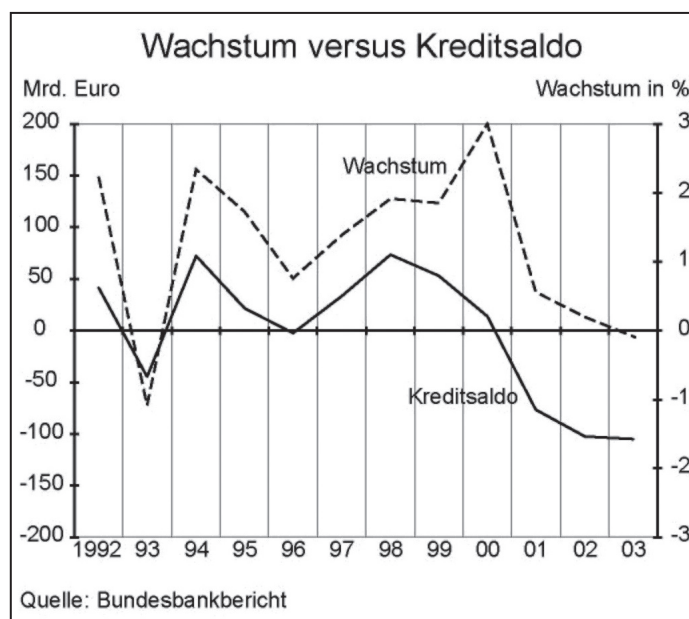
Seit der Steuerreform im Jahr 2000 sind auf diese Weise innerhalb von vier Jahren insgesamt 375 Milliarden Euro ins Ausland abgeflossen. Dies ist ein weiterer, ganz wesentlicher Grund, weshalb wir heute zu wenig Nachfrage haben und damit Arbeitslosigkeit.

Nach einer Simulation der Bundesbank wird sich diese Situation aufgrund des demographischen Wandels in der zweiten Dekade dieses Jahrhunderts noch wesentlich verschlimmern. Wir können also nicht nur für die Zukunft sparen, wir müssen in die Zukunft investieren. Nur dann erreichen wir eine Entlastung der geburtenschwachen Jahrgänge.



Die Bundesbank hat im Juni-Bericht 2001, in dem sie diese Problematik behandelte, keine Lösungsvorschläge aufgezeigt. Sie hat es auch nur als ein Problem in Deutschland dargestellt. In Wirklichkeit ist dies ein europäisches Problem, denn nahezu alle EU-Staaten, mit Ausnahme von Frankreich und Irland, stehen vor einem Bevölkerungsrückgang.

Diese Situation macht es erforderlich, die Funktion des Geldes und die Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen zu erörtern.



# Welche Funktion hat Geld?

## Tauschen, aufbewahren, überbrücken

Geld hat verschiedene Funktionen die für uns so geläufig und selbstverständlich sind, dass wir gar nicht mehr darüber nachdenken.

Geld ist ein Tauschmittel, klar, und ein Aufbewahrungsmittel, auch klar – oder? Vielleicht ist das doch nicht so ganz klar. Jedenfalls hat die Aufbewahrungsfunktion des Geldes Grenzen, die ich im nächsten Abschnitt aufzeigen werde.

Und Geld übt eine Überbrückungsfunktion aus. – Diese Funktion des Geldes ist nicht geläufig. Wie weiter oben bereits dargestellt, ist Geld (Kapital) nicht wie die Arbeitskraft und die natürlichen Ressourcen ein Produktionsfaktor der zur Bereitstellung eines Produktes verbraucht wird, sondern es wird nur vorübergehend gebraucht und geht nach einiger Zeit um den Zins vermehrt an den Kapitalgeber zurück. Es übt eine Überbrückungsfunktion aus, um den Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und natürlichen Ressourcen zu ermöglichen, bis die Erlöse aus den mit Produktionsfaktoren bereitgestellten Gütern und Dienstleistungen zurückströmen.

Die Überbrückungsfunktion des Geldes ist die aktive Kehrseite der Aufbewahrungsfunktion.

Der Besitz von **Geld kann auch als Anrecht auf Leistung** definiert werden. Ich erbringe eine Leistung, erhalte dafür einen angemessenen Geldbetrag, für den ich wieder eine andere Leistung anfordern kann. Wenn ich jetzt nicht mit meinem gesamten, laufenden Einkommen andere Leistungen anfordern will, dann müssen das andere für mich tun. Ich benötige also einen Kreditnehmer, der an meiner Statt die Leistungen anderer Wirtschaftsteilnehmer nachfragt. Findet sich dieser Kreditnehmer nicht, oder wird das Geld gehortet oder spekulativ in „Finanzprodukte investiert“, dann muss dies zu Arbeitslosigkeit führen, weil mit diesem Einkommen keine entsprechende Leistung nachgefragt wird, und deshalb auch keine entsprechende Wertschöpfung entstehen kann, denn jede Dienstleistung und auf die Dauer jedes Produkt kann nur dann bereitgestellt werden, wenn sie/es von jemandem angefordert wird.

## Grenzen der Aufbewahrungsfunktion

Damit werden die Grenzen der Aufbewahrungsfunktion klar. Es kann nur so viel gespart werden, wie sich Kreditnehmer finden, die das Geld der Sparer in die Wirtschaft zurückgeben. Jede Hortung und jede spekulative Verwendung des Geldes führt zwangsläufig zu einer Verringerung der Wertschöpfung, also des geschaffenen Mehrwertes von Gütern und Dienstleistungen. Und da der Wohlstand abhängig ist von der Höhe der Wertschöpfung, führt die Hortung und die „Investition“ von Kapital in spekulative „Finanzprodukte“ zu einem geringeren Wohlstand, denn es wird dadurch seine Investition in die reale, Werte schaffende Wirtschaft verhindert. In der Spekulation dagegen werden keine Werte geschaffen, es wird nur Geldvermögen von einer oder vielen Taschen in eine andere Tasche verschoben, und es wird durch platzende Spekulationsblasen die Wirtschaft de-

stabilisiert. Das sind die Auswirkungen des Kasino-kapitalismus.

**Die neoliberale, angebotsorientierte Politik, die davon ausgeht, dass Gewinnsteigerungen der Unternehmen und Kapitalakkumulation per se immer gut sind, und die deshalb dafür gesorgt hat und weiterhin dafür sorgt, dass dieses Ziel erreicht wird, ist ein wesentlicher Grund, weshalb wir wirtschaftlich in die Sackgasse geraten sind. Denn inzwischen werden diese Gewinne immer mehr außerhalb der realen Wirtschaft „investiert“.**

**Die Schlussfolgerung daraus ist, dass wir in dem Maße, in dem wir glauben sparen zu sollen, auch Investitionen in der realen Wirtschaft tätigen müssen; andernfalls sparen wir unsere Wirtschaft kaputt.**

# Zukunftsinvestitionen sind notwendig

## Was sind Zukunftsinvestitionen

Die Forderung nach (mehr) Zukunftsinvestitionen hört man immer öfters. Aber was sind Zukunftsinvestitionen?

Wenn z.B. eine Spedition einen neuen LKW anschafft, – ist das eine Zukunftsinvestition? Nach meiner Meinung nicht. Der LKW wird sofort eingesetzt, wird buchhalterisch abgeschrieben, trägt unmittelbar zur Erzielung des Betriebsergebnisses bei und wird nach einigen Jahren wieder ausgemustert.

Ist die Reparatur der Kanalisation einer Kommune eine Zukunftsinvestition? Auch nicht, sie ist eine notwendige Erhaltungsinvestition, um die Entwässerung sicher zu stellen und um die Grundwasserverschmutzung zu vermeiden.

Von einer Zukunftsinvestition kann man nur dann sprechen, wenn wir jetzt in etwas investieren, wovon wir jedoch erst später einen Vorteil erzielen. Dazu zählen ganz typisch Investitionen in Bildung und Forschung. Volkswirtschaftlich betrachtet ist auch die Regenerationsleistung eine „Zukunftsinvestition“. In unsere Kinder investieren wir viel Zeit und Geld, verzichten auf Einkommen und bezahlen Steuern, damit der Staat für ihre Bildung Schulen und Universitäten unterhalten kann und erst 20 bis 25 Jahre nach der Geburt der Kinder sind sie selbst in der Lage Werte zu schaffen und aktiv einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. *(Ich bitte zu entschuldigen, dass ich an dieser Stelle die Kinder als volkswirtschaftliche Objekte darstelle. Natürlich haben meine Frau und ich, wie alle Eltern, unsere Kinder uns nicht aus wirtschaftlichem Kalkül gewünscht. Um aber die Auswirkungen des demographischen Wandels klar zu machen, muss ich dies so technisch darstellen.)*

Auch Investitionen in die **Rationalisierung des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen** und dadurch die Sicherstellung ihrer dauerhaften Nutzbarkeit, sind Zukunftsinvestitionen. Es hätte eine Vielzahl positiver Auswirkungen auf unsere Wirtschaftssituation, wenn ökologische Technologien noch viel mehr entwickelt werden würden, als dies heute der Fall ist. Derartige Investitionen zum Beispiel in die Bautechnik, Fertigungsverfahren, Kraftfahrzeugindustrie und Energiegewinnung haben zwar noch keinen direkten, wohlstandsmehrenden



Nutzen, und auch nicht den unmittelbaren Nutzen der Verhinderung eines Wohlstandsverlustes, denn für uns sind ja noch genügend Rohstoffe vorhanden und die Klimaveränderung ist auch noch nicht unmittelbar lebensbedrohlich. Unterbleiben aber diese Investitionen, dann wird unser Raubbau an der Natur in Zukunft zu erheblichen Wohlstandsverlusten führen.

Man könnte zwar einwenden, dass wir unsere Arbeitskräfte ohne diese Zukunftsinvestition für die Bereitstellung von noch mehr Konsumgütern verwenden könnten und so unseren Lebensstandard noch mehr steigern könnten. Wir haben aber nicht genügend Abnehmer für zusätzliche Konsumgüter, vielmehr sehr viele Arbeitslose ohne große Kaufkraft.

Wir wären also heute in der Lage noch wesentlich mehr Zukunftsinvestitionen zu erbringen und zwar ganz ohne Wohlstandsverlust, denn die Millionen von Arbeitslosen können auch keine Konsumgüter oder Dienstleistungen schaffen und damit nichts zur Wohlstandssteigerung beitragen.

### Die Speicherung von Leistung

Wir Menschen sind nur etwa die Hälfte unserer Lebenszeit voll erwerbsfähig; deshalb müssen wir in der Zeit der Erwerbsfähigkeit nahezu doppelt so viel leisten, wie wir in dieser Zeit selbst verbrauchen. Jede Erwerbsgeneration sorgt selbstverständlich für den Lebensunterhalt der „Eltern“, früher in der Großfamilie, jetzt über die Sozialversicherungen, und mit der Regenerationsleistung investiert sie in die Zukunft. Die Erwerbsgeneration „speichert“ quasi überschüssige Leistungen in den Kindern und sorgt damit dafür, ob bewusst oder unbewusst, dass auch für sie im Alter die Versorgung gesichert ist.

Die Erbringung dieser „Überschussleistung“ während dem aktiven Erwerbsleben ist zwingend erforderlich. Da der Familien- und Generationen-(lasten)ausgleich immer stärker über den Staat und nicht mehr über die Großfamilie geht, gibt es überhaupt keinen Grund über die hohe Staatsquote zu jammern. Sie ist erforderlich und gerecht, sie ist eine Voraussetzung für eine funktionierende solidarische Gesellschaft. In diesem Licht betrachtet war auch der so genannte Halbteilungsgrundsatz vom ehemaligen Verfassungsrichter Kirchhof, der besagt, dass niemand mit mehr als 50 % besteuert werden darf, kritisch zu hinterfragen; er wurde ja auch inzwischen vom BVG aufgehoben.

Kurz zusammengefasst:

- Zukunftsinvestitionen sind solche Investitionen, die erst später zu einer Wohlstandsmehrung bzw. zur Erhaltung des Wohlstandes führt, oft profitiert erst die nächste Generation von dieser Investition.
- Zukunftsinvestitionen führen also zu einer Entlastung der kommenden Generation, unterlassene Zukunftsinvestitionen müssen von der nachfolgenden Generation kompensiert werden, deshalb muss jede Erwerbsgeneration Zukunftsinvestitionen erbringen.

### Finanzierung der Investitionen mit Staatsschulden – eine Mogelpackung

Sehr langlebige Investitionen, zum Beispiel in öffentliche Infrastruktureinrichtungen, können

ebenfalls als Zukunftsinvestitionen betrachtet werden. Diese Zukunftsinvestitionen führen aber nur dann zu einer Entlastung der kommenden Generation, wenn sie mit Steuern und nicht mit Staatsschulden finanziert sind, denn im Falle einer Finanzierung mit Staatsschulden muss die nachfolgende Generation zusätzliche Leistungen erbringen, um die Gläubiger befriedigen zu können.

Ich möchte das an einem Beispiel erklären: Wenn ich von meinen Eltern ein Haus erbe, das mit einer Grundschuld belastet ist, die dem vollen Verkehrswert des Hauses entspricht, dann habe ich von meinen Eltern im Grunde gar nichts geerbt. Ich muss dieselbe Leistung erbringen, als würde ich das Haus selbst kaufen.

Oft hört man das Argument, dass der nachfolgenden Generation auch entsprechende Guthaben vererbt werden. Dieses Argument muss näher beleuchtet werden; folgende Feststellungen sind dabei entscheidend:

1. Die Staatsschulden werden an alle vererbt, die Guthaben aber nur an die Kinder von Eltern mit Kapitalbesitz. Dadurch verstärkt die Staatsverschuldung das Verteilungsproblem und schreibt es über Jahrzehnte fest. Es ist so, um im Beispiel von oben zu bleiben, als wenn meine Eltern außer dem Haus auch noch ein Guthaben zu vererben hatten, das Haus mit der Hypothek und das Guthaben aber nicht an alle Kinder zu gleichen Teilen vererben würden, sondern einem Kind das gesamte Guthaben und das zu 100 % verschuldete Haus an beide Kinder. Dann muss ein Kind über Jahrzehnte dem anderen Zins- und Tilgungsleistungen entrichten.
2. Die Staatsverschuldung ist in steigendem Maß eine Auslandsverschuldung, sie betrug im Jahr 2004 40 %. Das heißt, 40 % unserer Zins- und Tilgungszahlungen gehen nicht an unsere nachfolgende Generation, sondern an ausländische Kapitalgeber. Dazu wird argumentiert, dass diese Auslandschulden durch Auslandsguthaben und einem entsprechenden Kapitalrückfluss mehr als kompensiert werde. Dies ist zwar im gesamten gesehen richtig, nur nutzt dies den etwa 42 % der Bevölkerung, die keine Kapitaleinkommen haben, gar nichts – im Gegenteil! Durch den Kapitaltransfer ins Ausland ging im Inland die Nachfrage zurück, die Arbeitslosigkeit wurde dadurch verstärkt und die Einkommen der Nichtkapitalbesitzer zusätzlich gesenkt.

Auch die Ausbildung unserer Kinder ist keine von uns erbrachte Zukunftsinvestition, wenn wir von ihnen verlangen, dass sie zur Finanzierung ihrer Ausbildung bei der Erwerbsgeneration Kredite aufnehmen, die sie dann später wieder abarbeiten müssen. Diese Politik ist ein Extrembeispiel der neoliberalen Ideologie, nach der jeder für sich selbst sorgen muss, sogar schon die Jugendlichen, die noch kein eigenes Einkommen haben. Es ist die Ausgeburt des neoliberalen Geizes.

Dasselbe ist zutreffend, wenn die Ausbildung der Kinder über Staatsschulden finanziert wird. Auch in diesem Fall müssen sie selbst für die erhaltene Leistung später eine zusätzliche Leistung erbringen, um die Ausbildungskosten und die anfallenden Zinsen zumindest teilweise zu erstatten.

Vor etwa 20 Jahren hat man begonnen, die Staatsverschuldung damit zu rechtfertigen, dass

es gerecht sei, wenn langfristige Investitionen auch von den späteren Nutznießern über den Schuldendienst mitfinanziert werden. Meine Generation (ich bin Jahrgang 43) hat von unseren Eltern ein wieder aufgebautes Land praktisch ohne Schulden „geschenkt“ bekommen. Und für mein Ingenieurstudium musste ich selbstverständlich keine Studiengebühren bezahlen. Außerdem erbrachte unsere Elterngeneration mit dem Geburtenüberschuss eine enorme zusätzliche Zukunftsinvestition.

Wir haben die Investitionen unserer Eltern ohne Staatsverschuldung gerne angenommen, sind selbst aber nicht bereit, es ebenso zu tun. Ich bin gespannt auf welche Ideen uns der neoliberale Geiz noch bringt.

Die größte Enttäuschung ist für mich, dass auch sozial eingestellte Persönlichkeiten der Wirtschaftswissenschaft, Politiker aus dem linken Parteienspektrum und Gewerkschaftsführer für die Ausweitung der Staatsverschuldung eintreten.

### **Wir müssen mehr in die Zukunft investieren**

Sind unsere heutigen Zukunftsinvestitionen ausreichend? Die Antwort auf diese Frage ist eindeutig NEIN; unsere Zukunftsinvestitionen sind seit Jahrzehnten zu gering, und das ist auch einer der Gründe für die Arbeitslosigkeit. Angefangen hat es in den 70er Jahren. Die Erwerbsgeneration der 50er und 60er Jahre hatte einen Überschuss an Zukunftsinvestitionen erbracht. Als ihre Kinder ins Erwerbsalter kamen, hätte man mit diesem großen Potential an gut ausgebildeten jungen Menschen weitere Zukunftsinvestitionen tätigen können und müssen. Diese Chance wurde vertan. Stattdessen wurden immer mehr Menschen arbeitslos und konnten so keine Wertschöpfung mehr erbringen.

Die Zukunftsinvestitionen wurden auch durch die rapide sinkende Geburtenrate stark reduziert, und anstatt diese sinkende Zukunftsinvestition anderweitig zu kompensieren, wurden sogar noch verstärkt staatliche Investitionen über Schulden finanziert. Und das obwohl in den 80er Jahren die Aufwendungen für die Versorgung der Rentnergeneration stark sanken, weil ab dieser Zeit die Jahrgänge der Kriegsteilnehmer ins Rentenalter kamen, von denen viele im Krieg gefallen waren.

Die in den 80er Jahren beginnende Steuersenkungsmanie hat die Verschuldung verstärkt und führte zu einer Halbierung der staatlichen Investitionen. Diese wenigen Investitionen wurden weitgehend und in manchen Jahren komplett über die Neuverschuldung finanziert.

Die Politik der letzten 30 Jahre ist in allerhöchstem Maße selbstsüchtig und verantwortungslos. Diese Politik hat zu den Problemen geführt, in denen wir jetzt stecken.

### **Auswirkungen der Finanzierung der Investitionen auf die wirtschaftliche Entwicklung**

Die Art der Finanzierung von Investitionen hat eine große Auswirkung auf die weitere Entwicklung unserer Volkswirtschaft. Die Kosten, die für die Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen anfallen, können in folgende Kostenarten eingeteilt werden: Kosten für importierte Rohstoffe, für Personal, für Kapital und Gewinne; zusätzlich

sind Gebühren und Steuern zu entrichten. Kosten für die Rohstoffe, die im Inland gefördert werden, können in die Kategorien Personal- und Kapitalkosten, Gewinne und Gebühren/Steuern aufgeteilt werden.

Kostenfaktoren sind aber gleichzeitig auch Nachfrager nach Leistungen, jedoch mit unterschiedlichen Zielsetzungen. Die Arbeitnehmer verwenden den größten Teil ihres Lohnes für den Konsum; Lieferanten von Rohstoffen sind Nachfrager nach Konsum- und Investitionsgütern; und Kapitalgeber und Unternehmen verwenden ihre Kapitaleinkommen und Gewinne in erster Linie für weitere Investitionen. Banal ist, dass Einnahmen aus dem Verkauf von Produkten und Dienstleistungen nur einmal ausgegeben, bzw. verteilt werden können. Und da die Verwendungspräferenzen bei den verschiedenen Kostenfaktoren sehr unterschiedlich sind, ist die Verteilung der Einnahmen auf die Kostenfaktoren (an anderer Stelle nenne ich sie auch die Akteure der Wirtschaft) für die Entwicklung der Wirtschaft entscheidend.

Im Abschnitt „Erforderliches Gleichgewicht von Sparen und Konsumieren“ habe ich bereits darauf hingewiesen, dass sich eine Volkswirtschaft nur dann optimal entwickeln kann, wenn sich Konsumieren und Sparen so im Gleichgewicht befinden, dass das Sparvolumen den geplanten Investitionen entspricht. Von diesem Gleichgewicht sind wir schon heute weit entfernt, wir haben Überliquidität und zu wenig Inlandsnachfrage. Wenn die Unternehmen weiter vor allem in die Rationalisierung der Arbeit investieren und diese Investitionen weiterhin überwiegend mit den Gewinnen und Krediten großer Kapitalgeber finanziert werden, dann steigen die Einkommen aus Kapital in den Händen von wenigen zu Lasten der Entlohnung der Arbeit weiter an und damit das Ungleichgewicht zwischen Konsumieren und Sparen.

Dieses Verhältnis von Kapital- und Arbeitseinkommen wird mit der Lohnquote dargestellt. Sie ist in den letzten 25 Jahren von 76 % auf 67 % gesunken. Das heißt: Vor 25 Jahren lag der Anteil aus Lohneinkommen noch bei 76 %, heute nur noch bei 67 %. Während damit Einkommen aus Kapital zunehmen und somit das Sparvolumen, sinken dann Einkommen aus Arbeit und damit der Konsum.

Diese Entwicklung muss ganz zwangsläufig in eine Rezession führen, wenn nicht mindestens eine der drei nachfolgenden Veränderungen eintreten, oder eine Kombination daraus:

- 1. Breite Streuung des Vermögens auf die gesamte Bevölkerung.** Heute sind 50 % des Besitzes in den Händen von 10 % der Bevölkerung und 42 % der Bevölkerung haben keinen Kapitalbesitz.
- 2. Sinkende Kapitalrendite** (das heißt, sinkende Gewinne aus Eigenkapital und sinkende Zinsen für Kapitalanlagen) oder ihre steuerliche Abschöpfung
- 3. Finanzierung von Investitionen über Steuern,** die vor allem aus Kapitaleinkommen zu erheben sind. Investitionen würden bei diesem Vorschlag verstärkt über den Staat finanziert, so dass bei den Unternehmen die Kapitalkosten niedriger bleiben würden und dadurch mehr Geld für die Entlohnung der Arbeitsleistung zur Verfügung stünde.

# Die grenzenlose Globalisierung führt zu Lohndumping und Ausbeutung

In meinem Buch erkläre ich mit einer Parabel die Wirkungen der Globalisierung, ich will sie hier verkürzt wiedergeben.

*In einem weit abgelegenen Dorf, das sich selbst versorgt, sind alle Preise so berechnet, dass alle Arbeitskräfte gleich viel verdienen, auch die beiden Schneider Anton und Berthold. Durch einen Unglücksfall muss sich Anton bei Herrn Schmidt verschulden und da er die hohen Zinsen und die Tilgung nicht regelmäßig bezahlen kann, muss er seine Schneiderei an Herrn Schmidt abtreten. Anton wäre mit seiner Familie ohne Einkommen, wenn nicht Herr Schmidt ein Einsehen hätte und ihn und seine ganze Familie als Tagelöhner arbeiten ließe. Allerdings bezahlt er ihnen nur 10 % des ortsüblichen Lohnes! Er kann daher die Anzüge und Kleider, die der Anton und seine Familie herstellen, konkurrenzlos günstig anbieten. Im Schaufenster steht: „auf alle Kleidungsstücke 20% Rabatt“. Die Geschäfte laufen super und die Schneiderfamilie Anton arbeitet Tag und Nacht. Beim Schneider Berthold bricht der Umsatz ein. Er ist gezwungen, seine Kleider auch um 20 % billiger zu verkaufen, auch er und seine Familie müssen sich mit einem geringeren Verdienst zufrieden geben.*

Wir wollen die Folgen dieser Veränderungen kurz analysieren.

Der Herr Schmidt, der jetzt auch Kleidungsstücke verkauft, deren Herstellkosten vielleicht auf die Hälfte gesunken sind, macht riesige Gewinne. Er lebt in Saus und Braus. Und alle diejenigen, die nicht unter der Billigkonkurrenz leiden, sparen beim Kleiderkauf 20 %. Sie können sich dafür andere Produkte zusätzlich kaufen, für die ihnen bisher das Geld fehlte, oder sie können Geld ansparen. Dieser Wohlstandsgewinn besonders für Herrn Schmidt, aber auch für die anderen kleineren Nutznießer, geht zu Lasten der beiden Schneiderfamilien Berthold und Anton. Berthold und seine Familie müssen sich einschränken, sie verdienen weniger und müssen dafür auf einen Teil des bisherigen Konsums verzichten, für sie sinkt der Wohlstand. Noch schlimmer ist es für Anton und seine Familie. Sie können sich nur noch ein zehntel des bisherigen Konsums leisten, sie sind bitter arm. All das, auf das diese beiden Familien verzichten müssen, können die anderen zusätzlich konsumieren, denn es wird ja noch gleich viel produziert, im Gegenteil, Anton und seine Familie arbeiten gerne länger, um sich ihren kargen Lohn etwas aufzubessern.

Mit dieser kurzen Parabel und deren Analyse sind das Wesen und die Auswirkungen der Globalisierung erläutert, und es beweist die Richtigkeit des Satzes: „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“; denn dadurch, dass viele aufgrund von geringer Entlohnung auf Konsum verzichten müssen, haben andere mehr, einige haben viel mehr und werden steinreich.

Das Gleichgewicht von Konsumieren und Sparen wird also auch durch die Globalisierung gestört.

Die Unternehmen nutzen die Arbeitslosigkeit und die Lohnkonkurrenz aus den Niedriglohnländern, um damit die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften für Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen gefügig zu machen, und wegen der Arbeitsplatzverlagerungen in Niedriglohnländer und der Billigimporte steigt die Arbeitslosigkeit bei uns.

Dadurch sinkt die Kaufkraft im Inland weiter und somit die Inlandsnachfrage, was das ökonomische Ungleichgewicht weiter verstärkt.

Die in den Niedriglohnländern geschaffenen Arbeitsplätze nutzen diesen Ländern nur sehr wenig, da die Arbeitskräfte so gering entlohnt werden, dass sie ihre eigenen Produkte gar nicht kaufen können; sie werden um den Genuss ihrer eigenen Wertschöpfung beraubt. Was sie produzieren aber nicht kaufen können, kommt als Billigprodukte zu uns und ermöglicht vielen von uns einen höheren Konsum. Es handelt sich um modernes Sklaventum. Dies führt aber gleichzeitig dazu, dass bei uns für die Besserverdienenden die Sättigung früher eintritt. Dies erhöht nochmals die Arbeitslosigkeit.

Die Globalisierung der Wirtschaft führt auch zu einem Wettrennen der Staaten um die niedrigsten Unternehmens- und Kapitalsteuern, um so das Kapital anzulocken. Dieses Wettrennen ist für die Staaten ruinös, viele sind hochgradig verschuldet. Diese Politik verhilft den international agierenden Unternehmen zu exorbitanten Gewinnsteigerungen, gleichzeitig steigen in den meisten Industriestaaten die Arbeitslosigkeit und die Verunsicherung der Menschen. Die Regierungen versuchen durch verstärkte staatliche Verschuldung, durch Sozialabbau, mit Notverkäufen und durch die Verpfändung zukünftiger Gewinne über die Runden zu kommen. Sie treiben den Staat in den Ruin, Millionen von Arbeitslosen in die Armut und gleichzeitig werden die Reichen immer reicher.

## Fazit

Die seit 25 Jahren herrschende neoliberale Volkswirtschaftslehre konnte die größten Probleme der Wirtschaftspolitik, nämlich steigende **Arbeitslosigkeit** und **Staatsverschuldung**, nicht lösen, im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit stieg in dieser Zeit um das 4-fache und der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte um das 5,5-fache. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn diese Politik basiert auf falsch interpretierten Überzeugungen und Theoremen der Gründerväter der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ökonomie, sie fördert die Spekulation, mit der das Kapital nicht für die Wertschöpfung eingesetzt, sondern für unproduktive Finanzmarkt-„Investitionen“ missbraucht wird.

Der Glaube, dass mehr Kapitalakkumulation auch zu mehr Wohlstand führt, trübt den Blick für das Wesentliche: Es werden zu wenig Investitionen für die Zukunft getätigt, die Wirtschaft wird kaputt gespart und das Gleichgewicht von Sparvolumen und geplanten Investitionen wird weit verfehlt.



## 2. Die systematische Lösung der Probleme

Seit rund drei Jahrzehnten sind die Wirtschaftswissenschaft und die Politik nicht in der Lage, die vier größten politischen Probleme zu lösen.

- Seit 35 Jahren haben wir eine steigende Staatsverschuldung,
- seit 30 Jahren verzeichnen wir eine steigende Arbeitslosigkeit,
- seit 25 Jahren wissen wir, dass der demographische Wandel, verursacht durch den Geburtenüberschuss in den 50er und 60er Jahren und dem danach folgen Einbruch der Geburtenzahlen, eine Kompensation erfordert.
- Und ebenfalls seit 25 Jahren wissen wir, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß das Klima verändert, und wir deshalb gezwungen werden, unsere Wirtschaftsweise zu verändern.

Für all diese Probleme gibt es bis heute keine bzw. keine hinreichenden Lösungsansätze.

Zusätzlich wurde durch den Sozialabbau – insbesondere durch Hartz IV – für viele Menschen die Lage weiter verschlimmert.

### Die Staatsverschuldung

Seit 1969 gab es kein einziges Jahr, in dem der Staat keine zusätzlichen Schulden gemacht hat. Wiederholt war die Neuverschuldung höher als die Investitionen, was verfassungswidrig ist. Die Neuverschuldung ist seit der Steuerreform im Jahr 2000 wieder angestiegen, sie liegt seit 3 Jahren dicht unter der Höchstmarke von 1996. **Die Steuerreform war ein gewaltiger Fehlschlag.**

Einige Aspekte und Auswirkungen der Staatsverschuldung wurden weiter oben schon erörtert. In diesem Abschnitt fasse ich die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen zusammen.

Staatsverschuldung:

- ist eine Privatisierung durch die Hintertür mit garantiertem Gewinn, denn die Zinszahlung erfolgt auch dann noch, wenn die Investition schon verschrottet ist. So sind zum Beispiel die Computer, die in den 70er Jahren mit Krediten beschafft wurden mit Sicherheit längst verschrottet, der Schuldendienst muss aber immer noch erbracht werden, da die Schuld nicht wirklich getilgt, sondern nur durch eine neue Schuldaufnahme ersetzt wurde. Deshalb stimmt auch das Argument, dass ja in gleicher Höhe wie die Schulden auch Werte hinterlassen werden, nur eingeschränkt, insbesondere auch dann, wenn geschaffene Güter im Rahmen der Privatisierungen verkauft, die Schulden aber nicht getilgt werden.
- ist eine Umverteilung von unten nach oben; sie erhöht das Einkommen der Kapitalgeber, und belastet all die Steuerzahler mit geringem – oder ohne Geldvermögen. Wer keine Steuern bezahlt, weil sein Einkommen zu niedrig ist, bezahlt diese Umverteilung durch sinkende Sozialleistungen.
- erfordert zusätzliche Leistungen, um die Zinsen und irgendwann auch die Tilgung bezahlen zu können. Die mit Schulden finanzierten Investitionen sind also keine Entlastung, sondern eine

zusätzliche Belastung für die nachfolgenden, geburtenschwachen Jahrgänge.

- ist eine Freiheitsberaubung, denn die nachfolgenden Jahrgänge können sich nicht frei für oder gegen eine Ausgabe entscheiden, sie sind unausweichlich gebunden. Heute beträgt die Zinslast bereits 15% des Steueraufkommens, vor 30 Jahren, also nach Abschluss der Beseitigung der Kriegsschäden waren es nur 3%. Heute wandert die Hälfte der Lohnsteuern direkt in die Taschen der Kreditgeber, ohne für die Gemeinschaft einen Nutzen zu erzielen.
- fixiert die ungerechte Verteilung bis weit in die Zukunft und provoziert gesellschaftliche Verteilungskämpfe. Sie wird dadurch zum zweifachen Generationenproblem: Die Verteilungsgerechtigkeit ist zementiert und mit steigender Verschuldung nimmt die Belastung der Nichtkapitalbesitzer weiter zu.
- zwingt wegen der Neuverschuldung oder bei steigendem Zinssatz zu wirtschaftlichem Wachstum, denn die zusätzlichen Kosten würden andernfalls zu weiteren finanziellen Belastungen führen.

Weil die erwerbsfähige Bevölkerung in zehn Jahren beginnen wird abzunehmen, und dadurch die Belastung pro Person ansteigen wird, ist die Lösung des Problems dringend.

### Zukunftsinvestitionen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit hat Anfang 2005 nach der offiziellen Statistik die 5-Millionengrenze überschritten. In Wirklichkeit kann man aber von einer wesentlich höheren effektiven Arbeitslosigkeit ausgehen, denn bei der offiziellen Arbeitslosenzahl werden die 1 Euro- und die Minijobber, die Arbeitslosen in Umschulungs- und ABM-Maßnahmen, die Arbeitslosen die sich nicht beim Arbeitsamt melden weil sie keine Leistungen erhalten und die wegen Arbeitslosigkeit früh verrenteten Personen nicht mitgezählt. Wir verzichten so jedes Jahr auf die potentielle Wertschöpfung von etwa 8 Millionen Menschen. Diese Wertschöpfung könnte zur Steigerung des Wohlstandes für alle verwendet werden, was nicht unbedingt mehr Konsum bedeuten muss; mehr Wohlstand für alle könnte auch durch mehr Freizeit für alle erreicht werden. **Die zusätzliche Wertschöpfung der 8 Millionen erwerbslosen Menschen könnte aber auch zur Lösung der anstehenden Probleme genutzt werden.**

Die zusätzlichen Leistungen die zur Lösung der zukünftigen Probleme wie die Vermeidung des Klimawandels und der Ressourcenknappheit erbracht werden, gehen nicht zu Lasten des Wohlstandes, so lange wir Arbeitslosigkeit haben, im Gegenteil, denn die meisten der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Personen leiden unter der fehlenden Anerkennung und Selbstverwirklichung im Berufsleben, der geraubten Eigenständigkeit und vom Ausschluss der Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Die Erbringung von Zukunftsinvestitionen bedeutet daher auch deshalb eine Wohlförderung, weil sie zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt.



## Die Bewältigung des demographischen Wandels

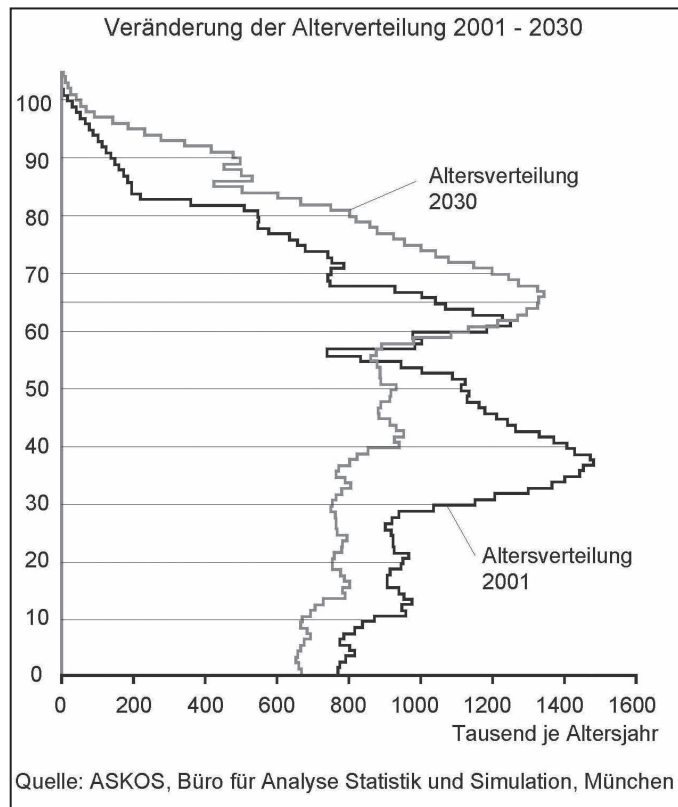
Seit Ende der 70er Jahre ist klar, dass der Geburtenrückgang nicht nur eine vorübergehende Erscheinung ist. (Siehe Graphik Altersverteilung 2001-30) Durch ihn kommen auf die geburtenstarken Jahrgänge bei der Versorgung der Seniorengeneration zusätzliche Belastungen zu, denn die Versorgung der vielen SeniorInnen der geburtenstarken Jahrgänge muss von immer weniger Erwerbsfähigen geschultert werden. Die Politiker haben 20 Jahre lang dieses Problem vor sich her geschoben, ohne dafür eine Lösung zu erarbeiten. Und jetzt lautet die Lösung: Jeder muss für sich selbst vorsorgen, in dem er für das Alter spart. Das ist so ziemlich das Falscheste was man tun kann, wenn das zusätzlich gesparte Geld nicht von der Wirtschaft sinnvoll investiert werden kann. Und in dieser Situation sind wir. Wir sparen unsere Wirtschaft kaputt und sägen damit den Ast ab, auf den wir uns setzen wollten, denn wenn das gesparte Geld nicht für Investitionen im Inland genutzt wird, sondern als Kredit ins Ausland geht und dieses Geld nicht in voller Höhe als Exportnachfrage wieder zurück kommt, dann muss dies zu einer Rezession führen, weil zu wenig Leistung nachgefragt wird. Die geringere Nachfrage führt zwangsläufig zu mehr Arbeitslosigkeit, zu weiter sinkender Kaufkraft, sinkenden Steuereinnahmen und steigender Staatsverschuldung.

Bei weniger wirtschaftlicher Aktivität kann dann auch nur weniger gespart werden. Nach den Hochrechnungen der Bundesbank verschlimmert sich die Situation kontinuierlich bis etwa 2020. Dies führt zu der paradoxen Situation, dass für die vielen Menschen der geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt alle noch im Erwerbsleben stehen, zu wenig Arbeit da ist und den geburtenstarken Jahrgängen eine Überforderung droht, denn dann kommt das jetzt gesparte Geld als „verspätete“ Nachfrage wieder zurück. Aller Voraussicht nach verbunden mit inflationären Tendenzen. Besonders prekär wird die Situation für all diejenigen, deren Einkommen jetzt so niedrig sind, dass sie nicht für die Altersvorsorge sparen können.

### Ist der demographische Wandel wirklich ein Problem?

Von Kritikern der aktuellen Regierungspolitik zur Bewältigung des demographischen Wandels wird angeführt, dass die prognostizierten Folgen weit überzogen seien, in Wirklichkeit sei der demographische Wandel gar kein Problem. Hierzu werden drei Argumente genannt:

1. Durch die zu erwartende anhaltenden Produktivitätssteigerung von etwa 1,8 % pro Jahr würde die Höherbelastung, bedingt durch steigende Rentenbeiträge, kompensiert.
2. Durch den zu erwartenden Rückgang der Arbeitslosigkeit, bedingt durch die demographische Verschiebung, fällt die soziale Gesamtbelastung geringer aus, als sie von den Regierungen und ihren Beratern prognostiziert wird.
3. Durch den Rückgang der Geburtenrate wird das Verhältnis von erwerbsfähiger zu nicht-erwerbsfähiger Bevölkerung entlastet, da nun weniger Kinder von den Erwerbstätigen mit versorgt werden müssen.



Daraus wird gefolgert, dass gar keine besonderen Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels erforderlich seien.

Das zweite und dritte Argument dürfte im vollen Umfang zutreffen. In den Jahren von 2015 bis 2033 gehen etwa 8 Millionen Erwerbstätige mehr in Rente als junge Menschen ins Erwerbsleben eintreten. Außerdem werden dann im Pflegebereich wesentlich mehr Arbeitskräfte gebraucht. Eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit ist daher zu erwarten, es dürfte dann sogar wieder Arbeitskräftemangel entstehen.

Das erste Argument kann jedoch nicht unwidersprochen bleiben, denn:

1. Eine konstante Produktivitätssteigerung kann nicht angenommen werden. Sie hat seit Jahrzehnten einen fallenden Trend, weil die Produktivitätssteigerung im verarbeitenden Gewerbe besonders hoch ist, und dieser Wirtschaftsbereich einen sinkenden Anteil am Volkseinkommen hat. Seit 3 Jahren wurde der Wert von 1,8 % nicht mehr erreicht.
2. Wegen des Klimawandels sind schon in naher Zukunft Investitionen in die Ökologisierung der Wirtschaft unabwendbar. Die Produktivitätssteigerung der Arbeit wird dann rapide sinken, sie kann sogar negativ werden. Ein Einbruch der Produktivitätssteigerung war von 1980 bis 1982 schon einmal zu verzeichnen, als der Ölpreis seinen realen Höchststand erreichte. In dieser Zeit wurde mehr in die Energieeinsparung investiert.
3. Wenn die zukünftige Produktivitätssteigerung zur Kompensation von zusätzlichen Sozialkosten eingeplant wird, dann muss diese Produktivitätssteigerung in vollem Umfang zu Wachstum, verbunden mit steigendem Ressourcenverbrauch, verwendet werden.
4. Eine Produktivitätssteigerung von 1,8 % führt nicht zu einem höheren Lohneinkommen von 1,8 %, da für die Produktivitätssteigerung zu-

sätzliche Kapitalkosten entstehen, die aus diesem Produktivitätsgewinn mitfinanziert werden müssen.

5. Von 2025 bis 2033 steigt die Rentenbelastung um mehr als 1,8 %.

Wir tun daher gut daran, die Folgen des demographischen Wandels nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, aber die Probleme sind lösbar.

### Die ökologische Verantwortung

Ein weiteres Problem der Zukunft ist unser hoher Verbrauch an natürlichen Ressourcen, im Besonderen der fossilen Energierohstoffe. Unsere Wirtschaftsweise ist nicht zukunftsfähig. Die Klimaänderung und die Verknappung von Rohstoffen erzwingen eine Rationalisierung des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen, also einer Ökologisierung unserer Wirtschaftsweise. Erste Schritte in die richtige Richtung wurden mit der Einführung der „Ökosteuer“ und der Förderung erneuerbarer Energien gemacht. Diese Maßnahmen reichen jedoch bei weitem nicht aus. Trotz dieser Maßnahmen stieg in Deutschland der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den letzten Jahren wieder leicht an. Wir benötigen eine deutliche Absenkung des Rohstoffverbrauches.

Zur Lösung des ökologischen Problems benötigen wir Investitionen zur Entwicklung neuer Technologien und Produkte, mit denen wir immer weniger natürliche Ressourcen verbrauchen. Diese Investitionen sind echte Zukunftsinvestitionen, die eine Entlastung der kommenden, geburtenstarken Jahrgänge darstellt, denn die Leistungen, die die jetzige Erwerbsgeneration erbringt, müssen von der nachkommenden Generation nicht mehr erbracht werden.

#### Ich fasse zusammen:

1. Wir haben heute für die vielen Menschen der geburtenstarken Jahrgänge zu wenig Arbeit.
2. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Steuersenkungen verursachten die steigende Staatsverschuldung, denn dadurch sind die Steuereinnahmen geringer und die Sozialausgaben des Staates höher.
3. Der demographische Wandel kann nicht nur durch zusätzliches Sparen gelöst werden, er erfordert jetzt und heute zusätzliche Investitionen, mit denen die kommenden Generationen entlastet werden.
4. Der drohende ökologische Kollaps und die Knappheit der Rohstoffe erfordern Investitionen zur Senkung des Rohstoffverbrauches.

Die Lösung dieser vier dominanten Probleme ist also gar nicht so schwierig, wenn wir die neoliberalen und gesellschaftspolitischen Scheuklappen abnehmen und beherzt das tun, was wirklich zur Lösung der Probleme beiträgt.

### Das Lösungskonzept

Ein Lösungsweg kann nur dann erfolgreich sein, wenn er bei der Verbesserung einer Situation nicht gleichzeitig ein anderes Problem verstärkt. Beispiel: Um die Arbeitslosigkeit zu senken wird mehr wirtschaftliches Wachstum gefordert. Undifferenziertes Wachstum führt aber zu mehr Rohstoffverbrauch, verstärkt also die ökologischen Probleme. Eine Politik die nur Wachstum zum Ziel hat, ist also nicht geeignet die Probleme zu lösen. Optimal sind solche Lösungsansätze, mit denen mehrere

Probleme gleichzeitig gelöst oder zumindest reduziert werden.

Oben habe ich dargelegt, dass jede Erwerbsgeneration Zukunftsinvestitionen tätigen muss, das sind Investitionen, die erst nach Jahren einen Vorteil erzielen, also später zu einer Wohlstandsmehrung oder zur Erhaltung des Wohlstandes beitragen.

Wegen der Trilogie Arbeitslosigkeit, demographischem Wandel und ökologische Problematik müssen wir jetzt, solange die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre noch im aktiven Erwerbsleben stehen, die notwendigen Investitionen in die Zukunft tätigen und die Probleme der Zukunft jetzt lösen, damit entlasten wir die kommenden, geburtenstarken Jahrgänge und mindern so die Folgen des demographischen Wandels, und schaffen dadurch die Arbeitsplätze, die wir jetzt dringend brauchen.

Wir können nicht Politik gegen die Wirtschaft betreiben. Aber die Politik kann und muss die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so setzen, dass die Unternehmen aus ganz rationalen, betriebswirtschaftlichen Gründen, oder z.T. auch aufgrund von Vorschriften, jetzt die Investitionen zur Rationalisierung des Ressourcenverbrauchs tätigen, damit gelingt es uns hoffentlich noch rechtzeitig den ökologischen Kollaps abzuwenden. Mit diesen Zukunftsinvestitionen mindern wir die Belastung der geburtenstarken Jahrgänge durch ökologische Probleme. Wir schaffen damit die dringend benötigten zusätzlichen Arbeitsplätze. Damit wird die Konjunktur angeregt, die Steuereinnahmen nehmen zu, die Staatsverschuldung sinkt, die Beiträge an die Sozialversicherungen steigen, die Ausgaben der Sozialversicherungen werden weniger, was eine Senkung der Beitragssätze erlaubt. Damit werden die viel diskutierten Lohnnebenkosten ohne die Erhöhung der Mehrwertsteuer und ohne Sozialabbau reduziert, im Gegenteil, der Sozialabbau kann wieder rückgängig gemacht werden. Außerdem wird mit dieser Maßnahme das Kapital wieder der realen Wirtschaft zugeführt, anstatt die Spekulation anzuheizen.

Zusätzlich muss die Politik für eine gleichgewichtige Entlohnung der Akteure der Wirtschaft sorgen, damit sich das Verhältnis von Konsumieren und Sparen so einpendelt, dass das Sparvolumen den geplanten Investitionen entspricht. Dazu ist eine Rücknahme der Steuerentlastungen für Vermögende unumgänglich.

Neben der Lösung der sozialen Probleme im eigenen Land bedarf es aber auch der Lösung der Armut-, besser ausgedrückt der Elendsprobleme in der Welt, sie können und dürfen uns nicht gleichgültig sein. Mit einer Änderung der Politik der WTO und mit einer ganz anderen Strategie in der Entwicklungszusammenarbeit können wir einen Beitrag zur Lösung der Probleme der ärmsten Länder leisten und gleichzeitig die Lösung unserer eigenen Probleme zusätzlich unterstützen.

## Die erforderlichen Veränderungen

Aus dem oben dargestellten systematischen Ansatz zur Lösung der bestehenden Probleme, ist die Richtung für die konkreten Lösungsschritte vorgegeben.

## **Den Rohstoffeinsatz statt die Arbeit rationalisieren**

Die Unternehmen rationalisieren den Arbeitseinsatz, weil die Löhne den größten Kostenblock darstellen. Kostensenkungspotentiale durch Rationalisierung des Rohstoffverbrauchs werden deshalb zu wenig genutzt.

Oft wird behauptet, dass z.B. in einem PKW die Personalkosten nur 20 % betragen würden. Das ist irreführend, denn zugekaufte Teile, die als Materialkosten bezeichnet werden, bestehen selbst zu über 50 % aus Personalkosten, und Entwicklungs- und Vertriebskosten sind ebenfalls zu einem hohen Anteil Personalkosten. Aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kann man ableiten, wie hoch der Kostenanteil der Löhne und Gehälter, einschließlich der Lohnnebenkosten, im Durchschnitt aller Unternehmen ist. Im Jahr 2000 betrug er 54 % der Gesamtkosten.

Über den Kostenanteil der natürlichen Ressourcen gibt es keine Angaben. Nach eigenen Berechnungen liegt er bei etwa 10,5 % der Gesamtkosten. Aus diesem Grund rationalisieren Unternehmen vorwiegend den Arbeitseinsatz. Um dies zu verändern, sind folgende Veränderungen erforderlich und national umsetzbar:

### **Ordnungspolitische Maßnahmen**

Ordnungspolitische Maßnahmen, also Vorschriften wirken schnell, sind aber nur in begrenztem Umfang möglich, sie müssen klar definierbar und sie müssen ohne großen Aufwand überprüfbar sein. Dazu zählen Vorschriften über die Isolation der Gebäude, der maximal zulässige Kraftstoffverbrauch bei Kraftfahrzeugen oder der Schadstoffausstoß bei Heizungen und Motoren.

Vorschriften über Herstellverfahren von Produkten, mit dem Ziel den Ressourcenumsatz zu reduzieren, sind nicht praktikabel. Dies würde voraussetzen, dass die Regierungsstelle, die die Vorschriften erlässt, in allen Fertigungsverfahren einen technologischen Vorsprung vor der Industrie hat, und das ist mit Sicherheit nicht möglich. Es müsste zusätzlich die Überprüfung der Einhaltung der Vorschriften gewährleistet werden. Dies ist nur möglich, wenn es sich um wenige, nachprüfbare Vorschriften handelt.

Um das Ziel der Drosselung des Ressourcenverbrauchs in allen denkbaren Bereichen zu erzielen, müssen zusätzlich zu praktikablen ordnungspolitischen Maßnahmen Marktmechanismen zum Tragen kommen.

### **Mit Steuern steuern**

Damit die Unternehmen aus rationalen, betriebswirtschaftlichen Gründen in erster Linie in die Rationalisierung des Rohstoff- und Energieverbrauchs investieren (müssen), und unsere Wirtschaftsweise dadurch zukunftsfähig machen, ist es erforderlich, dass die Kosten für die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und natürliche Ressourcen „umgesteuert“ werden.

Heute wird die Arbeit mit Sozialabgaben und hohen Steuern (ein Drittel des gesamten Steueraufkommens sind Lohnsteuern) um über 50 % direkt künstlich verteuert und damit ihre Verwendung unattraktiv gemacht. Rohstoffe werden dagegen gar nicht besteuert, nur einzelne Erzeugnisse aus

dem Rohöl und Strom werden mit der Mineralöl- und der Ökosteuer belastet. Durch diese einseitige Verteuerung der Arbeit werden die Betriebe zu volkswirtschaftlichen Fehlinvestitionen getrieben, sie rationalisieren weiter die Arbeit obwohl sie gar nicht knapp ist und die Rationalisierung des Rohstoffverbrauchs unterbleibt, obwohl genau das für die Zukunft dringend notwendig wäre.

Um diesen systematischen Fehler zu beheben, wurde die Ökosteuer als Energiesteuer vorgeschlagen und in Deutschland ab 1999 bis Januar 2003 stufenweise eingeführt, allerdings mit vielen Ausnahmeregelungen für die Industrie. Der Erlös aus der Ökosteuer beträgt z.Z. etwa 21 Mrd. €; diese Einnahmen werden überwiegend zur Senkung der Rentenbeiträge verwendet, dies führte zu einer Senkung des Beitragssatzes um 1,7 %. Zusammen mit der Mineralölsteuer beträgt das Steueraufkommen für den Energieverbrauch z.Z. etwa 61 Mrd. €/Jahr. Dagegen sind die Steuern und Abgaben auf Löhne und Gehälter mehr als achtmal so hoch.

Ziel der Ökosteuer war, durch die Erhöhung der Energiepreise, den gesamten Rohstoffumsatz zu drosseln. Dies erschien als möglich, da bei der gesamten Materialerzeugung, Verarbeitung und beim Transport Energie nötig ist, und so durch die Besteuerung der Energie alle Materialien teurer werden und deshalb ein Einsparungseffekt erwartet wurde. In der Realität hat sich diese Wirkung jedoch kaum merkbar eingestellt. Wegen des geringen Kostenanteils der Energie am gesamten Materialumsatz würde sich der gewünschte Effekt erst bei einer sehr hohen Energiebesteuerung erzielen lassen, dies ist aber politisch nicht durchsetzbar. Dazu kommt, dass die Ökosteuer seit Januar 2003 wegen der steigenden Rohölpreise nicht mehr erhöht wurde, und somit keine weitere, nennenswerte Senkung der Bruttolohnkosten möglich war.

Auch mit der Art wie die Ökosteuer erhoben wird, hat sie drei prinzipielle Nachteile.

1. Sie führt bei energieintensiven Branchen zu Wettbewerbsnachteilen, deshalb wurde sie gerade dort, wo sie am wirksamsten wäre, nicht eingeführt.
2. Nur etwa 40 % des Steueraufkommens werden von den Unternehmen aufgebracht; da nur mit diesem Teil die Wirtschaftsweise der Unternehmen beeinflusst werden kann, hat die Ökosteuer zu wenig Anreizwirkung für rohstoffsparende Technologien.
3. Dadurch, dass nicht die Rohstoffe, sondern das Produkt Strom besteuert wird (und einige Produkte des Erdöls und Gas), wird auch der Strom aus Sonne-, Wind- und Wasserkraftwerken besteuert, was aber aus ökologischer Sicht unsinnig ist.

Um dem erklärten Ziel, das mit der Einführung der Ökosteuer erreicht werden sollte, näher zu kommen, muss eine ökologisch wirksame Steuer neu konzipiert werden. Folgende Kriterien sind entscheidend:

1. Sie muss eine hohe Anreizwirkung für ressourcensparende Technologien ausüben.
2. Sie muss für die Wirtschaft kalkulierbar sein.
3. Sie darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen mit im Ausland produzierten Waren führen.
4. Sie muss eine deutliche Senkung der Bruttolohnkosten ohne Sozialabbau ermöglichen.
5. Sie muss das Konsumverhalten beeinflussen.



## Das Konzept der Ressourcensteuer

Damit die oben genannten Ziele erreicht werden, müssen in Zukunft, neben den ordnungspolitischen Maßnahmen, die Preise für alle Rohstoffe durch ein Nutzungsentgelt, ich nenne es Ressourcensteuer, Schritt für Schritt, aber zügig und für die Wirtschaft kalkulierbar, erhöht werden. Dadurch können und werden die Betriebe die Produktionskosten weniger durch Arbeitsrationalisierung sondern durch Ressourcenrationalisierung zu senken versuchen. Das heißt:

Sie investieren in neue Verfahren, Materialien und Produkte, um mit immer weniger Ressourcen auszukommen! Dafür werden zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht.

Rohprodukte zur Erzeugung von Nahrungsmitteln sind selbstverständlich von dieser Maßnahme ausgenommen, es sind keine Rohstoffe im hier verstandenen Sinn.

Waren, die im Ausland produziert werden, müssen bei der Einfuhr mit einer entsprechenden, anteiligen „Ressourcen-Umsatzsteuer“ belegt werden, sonst würden die Betriebe, die im Ausland produzieren, begünstigt. Diese Steuer wird zusammen mit der Einfuhrumsatzsteuer erhoben und erfordert daher wenig zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Beim Export von Waren wird diese Steuer ebenfalls zusammen mit der Umsatzsteuer zurückerstattet. Unsere Betriebe werden also mit der Erhebung einer Ressourcensteuer weder beim Export, noch durch den Import benachteiligt. Wie wir später noch feststellen werden, werden sie damit sogar begünstigt.

Die Erhebung einer zusätzlichen Steuer, die ausschließlich von den Unternehmen zu entrichten ist, würde eine allgemeine Teuerung hervorrufen. Da diese Steuer aber nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern erfolgt, sondern um unsere Wirtschaftsweise in die richtige Richtung zu steuern, müssen die Einnahmen in geeigneter Form wieder zurückerstattet werden. Dazu bieten sich zwei Varianten an, die beide der Erhaltung bzw. Wiedergewinnung des sozialen Gleichgewichts dienen:

- a) Verwendung der Steuereinnahmen zur Mitfinanzierung der Sozialversicherungskosten
- b) Direkte Auszahlung an alle BürgerInnen und – entsprechend der Anzahl der Beschäftigten – an die Unternehmen

Zu a)

Bei dieser Variante werden die Einnahmen aus der Ressourcensteuer zur Absenkung der Sozialbeiträge benutzt. Dies führt zu einer Senkung der so genannten Lohnnebenkosten und somit der gesamten Lohnkosten, jedoch ohne eine Senkung der Sozialleistungen, was ganz entscheidend ist. Um vor allem die Arbeitsplätze zu entlasten, die von der Rationalisierung und den Verlagerungen in Niedriglohnländer betroffen sind, schlage ich vor, dass nicht der Beitragssatz gesenkt, sondern ein Freibetrag eingeführt wird. Damit werden die Kosten für jeden Arbeitsplatz in gleicher Höhe reduziert, prozentual aber sinken die Kosten für die geringer entlohnten Tätigkeiten stärker. Nach meinen Erhebungen könnten für 10 % Ressourcensteuer die ersten 200 € an monatlichen Lohnzahlungen für den Arbeitgeber sozialbeitragsfrei bleiben. Das bedeutet bei einem Sozialbeitragsatz von 20 % für jeden sozialbeitragspflichtigen Arbeitsplatz eine Entlastung um 480 € pro Jahr unabhängig von der Lohnhöhe. Da die Ressourcensteuer jährlich

nach einem festen Plan angehoben werden muss, um den gewünschten Steuerungseffekt zu erzielen und um den Unternehmen Kalkulationssicherheit zu geben, wären bei einer jährlichen Anhebung der Ressourcensteuer um 6 % nach 7 Jahren die ersten 1000 € frei von Sozialabgaben, dies bedeutet eine Entlastung jedes Arbeitsplatzes um 2 400 € pro Jahr, wohlgermerkt ohne eine Reduzierung der Sozialleistungen.

Mit dieser Maßnahme bleibt der Preis aller Produkte und Dienstleistungen die im Inland hergestellt werden im gesamten Durchschnitt gleich teuer, denn die Summe der Steuern und Abgaben für die Betriebe bleiben gleich hoch. Es verändert sich lediglich das Kostengefüge. Da die Rohstoffpreise steigen und die Arbeitskosten sinken, werden alle Produkte, deren Produktion mit viel Rohstoffverbrauch verbunden ist, teurer, solche mit geringem Rohstoffverbrauch werden dagegen billiger, allen voran die Dienstleistungen. Dies wird nicht nur dazu führen, dass die Unternehmen versuchen werden mit weniger Rohstoffen auszukommen – dazu wird sie der Wettbewerb zwingen. Es wird auch zu einer Veränderung des Konsumverhaltens führen, hin zu Produkten mit geringerem Rohstoffverbrauch. Dies wird auch zu neuen Marketing- und Servicestrategien führen. Es ist zu erwarten, dass wesentlich langlebigere Produkte auf den Markt kommen werden, verbunden mit den erforderlichen Service- und Reparaturangeboten.

Zu b)

Die zweite Möglichkeit ist, dass die Einnahmen aus dieser Besteuerung der Rohstoffe an alle Personen (also vom Kleinkind bis zum Greis) und an die Betriebe für jeden Beschäftigten in gleicher Höhe ausbezahlt werden. Dies wird im Kanton Basel schon mit der Rückerstattung der Stromsteuer so praktiziert. Betriebe, die ökologisch bewusst wirtschaften und mehr Mitarbeiter beschäftigen, sind dadurch im Vorteil. Und wer ökologisch bewusst konsumiert, also Produkte mit geringem Rohstoffverbrauch kauft oder Dienstleistungen in Anspruch nimmt, die kaum einen Rohstoffverbrauch verursachen, erhält dadurch einen „Ökobonus“, weil er gleich viel zurückerstattet bekommt wie der ökologisch weniger bewusste Verbraucher und alle die überdurchschnittlich viel verbrauchen. Diese werden höher belastet. Es ist also eine soziale und ökologische Umverteilung und gleichzeitig ein Beitrag zur Erhaltung der Lebensgrundlagen.

Bei diesem Verfahren steigt zwar nominal das Preisniveau, es wird aber durch die Rückerstattung der Einnahmen aus der Ressourcensteuer wieder ausgeglichen.

Aus der Sicht der sozialen Verträglichkeit ist die Variante b) günstiger, weil sie gleichzeitig zu einer Umverteilung von oben nach unten beiträgt. Die Variante a) ist aber effektiver, da der Arbeitsinsatz um den Faktor 3 stärker verbilligt wird als bei der Variante b). Da deshalb mit der Variante a) die Arbeitslosigkeit schneller zurückgehen wird als mit der Variante b), was ein ganz wesentlicher sozialer Sekundäreffekt darstellt, ist die Variante a), verbunden mit zusätzlichen sozialen Maßnahmen, zu bevorzugen. Erforderlich wären z.B. der Erhöhung des Wohngeldes.

Die Variante a) könnte noch verstärkt werden, wenn die Sozialabgaben der Unternehmen nicht nur nach der Lohnsumme berechnet werden, sondern auch nach der Wertschöpfung. In diesem Fall



würden die Bruttolöhne noch schneller sinken, und die Wertschöpfungsgewinne durch den Import billiger Vorprodukte aus Niedriglohnländern und des Einsatzes von Kapital zur Finanzierung der Sozialkosten mit herangezogen. Außerdem könnten dann zusätzlich noch Sozialabgaben-Freibeträge für die ArbeitnehmerInnen eingeführt werden.

Ich höre öfters den Einwand: Die Ressourcensteuer sei eine indirekte Steuer, indirekte Steuern seien per se ungerecht, aus diesem Grund sei die Ressourcensteuer abzulehnen. Ob die direkten Steuern generell gerechter sind als indirekte möchte hier nicht diskutieren. Ich bin aber der Meinung, dass die Ressourcensteuer die gerechteste Steuer überhaupt ist, denn auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen haben alle Menschen, die heute wie zukünftig lebenden, dasselbe Anrecht. Ihre Nutzung zum Zwecke der Gewinnerwirtschaftung kann daher nicht frei sein, denn dadurch wird ihre Nutzung jedes Einzelnen eingeschränkt. **Es ist deshalb sogar ungerecht, die Ressourcensteuer nicht zu erheben.**

Außerdem ist die Ressourcensteuer gar keine indirekte, sondern wie die Lohnsteuer eine direkte Steuer. In beiden Fällen wird auf den Preis des Produktionsfaktors direkt eine zusätzliche Steuer erhoben.

Wirtschafts- und sozialpolitisch wird diese grundsätzliche Veränderung der Rahmenbedingungen folgende Auswirkungen haben:

- Die Arbeitslosigkeit wird sukzessive abgebaut, denn es werden zusätzlich Arbeitskräfte benötigt die neue, ressourcensparende Verfahren und Produkte entwickeln und es verlieren weniger Menschen durch die Rationalisierung der Arbeit ihren Arbeitsplatz.
- Der höhere Beschäftigungsgrad führt zu einer höheren Kaufkraft, belebt dadurch die Inlandsnachfrage und führt zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen und zu einer Senkung der Staatsausgaben.
- Damit wird die Möglichkeit des allmählichen Abbaus der Staatsschulden eröffnet.
- Durch den Abbau der Arbeitslosigkeit sinken zusätzlich die so genannten Lohnnebenkosten, dies stärkt weiter die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Diese wird zusätzlich dadurch begünstigt, dass die Lohnkosten sinken und die Ressourcensteuer als Umsatzsteuer beim Export erlassen wird.
- Dies eröffnet den Gewerkschaften neue Verhandlungsspielräume für bessere Tarifabschlüsse bei Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen.
- Mit dieser Politik wird der Verbrauch an natürlichen Ressourcen reduziert, dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine Politik der friedlichen Kooperation mit allen Staaten und ein Beitrag zu Senkung der Terrorgefahr.
- Durch diese Politik wird unsere Industrie in die Entwicklung von zukunftsfähigen Technologien geführt, dies erhöht ihre Chancen auf dem Exportmarkt.

Diese Veränderungen führen zwar für einige Jahre zu einer wirtschaftlichen Belebung, sprich Wachstum, was nicht das eigentliche Ziel ist. Das wichtigste Ziel ist, den Ressourcenverbrauch zu drosseln, dazu sind mehr Arbeitskräfte erforderlich. Je mehr Arbeitskräfte wir dazu einsetzen, desto schneller kommen wir diesem Ziel näher. Wir

tun gut daran, dies jetzt zu tun, so lange die geburtenstarken Jahrgänge noch im erwerbsfähigen Alter sind und die hohe Arbeitslosigkeit herrscht. So lange nicht alle Arbeitskräfte genutzt sind, können wir diese Aufgabe ohne Wohlstandsverlust erreichen, im Gegenteil, wir werden für viele z.Z. Arbeitslose den Wohlstand erheblich steigern.

Mit dieser Maßnahme werden die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen initiiert, mit denen die kommenden geburtenschwachen Jahrgänge entlastet werden und wir erhalten für die kommenden Generationen die Lebensgrundlagen. So werden aus den Zukunftsängsten Zukunftshoffnungen.

Wir reduzieren die Probleme von heute, nämlich die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung, in dem wir jetzt die Probleme von morgen lösen. Wir kompensieren mit diesen Zukunftsinvestitionen einen Teil der zu geringen Regenerationsleistung.

Diese Veränderung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird auch dazu führen, dass insgesamt die Materialströme geringer werden und weniger Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagert werden. Beides zusammen ergibt einen Rückgang des Transportvolumens. Anstatt in unsinnige Straßenbauprojekte investieren zu müssen, kann der Staat weitere Mittel in die Bildung und Forschung investieren, um unsere Wirtschaftsweise noch schneller zukunftsfähig zu machen.

## Die gerechte Weltwirtschaftsordnung

Im Abschnitt „Die grenzenlose Globalisierung führt zu Lohndumping und Ausbeutung“ habe ich dargestellt, weshalb die grenzenlose Globalisierung nicht zu mehr Wohlstand für alle geführt hat, sondern zu einer weiteren Verarmung der Schwächeren zu Gunsten von wenigen Profiteuren.

Die Forderungen, die man daraus ableiten kann, sind sehr vielfältig. Ich möchte mich auf eine beschränken, die meines Erachtens auch in unserem derzeitigen Wirtschaftssystem umsetzbar, und wie ich hoffe, auch durchsetzbar ist.

Natürlich brauchen wir den Austausch von Rohstoffen, Wissen und Waren, um unseren Wohlstand zu mehren und die Probleme zu lösen – aber nicht in der bisherigen ausbeuterischen Art der Globalisierung, sondern in fairer Partnerschaft, zum Wohle aller Menschen.

Die Tatsache, dass z.Z. noch der letzte Winkel der Erde dazu gedrängt wird, das kapitalistische Wirtschaftssystem zu übernehmen und alle die gleichen Materialien und Fertigungsmethoden verwenden, ist äußerst gefährlich. Noch nie in der Menschheitsgeschichte gab es die Situation, dass die gesamte Weltbevölkerung wirtschaftlich gleichgeschaltet war und noch nie hatte sie in diesem Umfang die technischen Möglichkeiten zum Eingriff in die natürlichen Abläufe wie heute. Dies birgt riesengroße Gefahren.

Aus diesem Grund, aber auch wegen der kulturellen, klimatischen und religiösen Unterschiede, ist es falsch, alle Menschen in dasselbe Wirtschaftssystem zu zwingen. Und genau das geschieht heute, getrieben von der WTO, den USA, der EU und von Japan. Es ist ein Mittelweg zwischen gleichgeschalteter Globalisierung und totaler Isolation zu suchen. Ein Weg, der den Austausch ermöglicht und die Eigenständigkeit bewahrt, und der vor allem dazu führt, dass die Produktivitätsfortschritte

allen Menschen zugute kommen, denn erst und nur dann, wenn die gesamte Bevölkerung in den Genuss ihrer steigenden Wertschöpfung gelangen kann, tritt für alle mehr Wohlstand ein.

Das heißt: Wenn unsere Unternehmen in Niedriglohnländern investieren und produzieren, dann muss dies in erster Linie für den lokalen Markt geschehen.

Damit Unternehmen mit dieser Zielsetzung in Niedriglohnländern investieren, müssen die Bedingungen geschaffen werden, dass sich dort ein ausreichend großer Absatzmarkt bilden kann. China ist nicht umsonst der Favorit für fremde Direktinvestitionen. Es wird der größte einheitliche Markt der Welt und es herrschen verhältnismäßig stabile politische Verhältnisse.

Damit alle Staaten in den Genuss einer positiven Entwicklung in der Vielfalt kommen können, sollten sich Staaten ähnlicher Kultur und Zielsetzung in starken, gemeinsamen, wirtschaftlichen Verbänden zusammenschließen, mit folgenden Merkmalen:

1. Im Gebiet eines gemeinsamen Marktes sollten ähnliche arbeitsrechtliche und soziale Bestimmungen gelten.  
Die Mindestlöhne sollten auf eine vergleichbare Höhe festgesetzt und so bemessen sein, dass ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Auch die Umweltschutzbestimmungen sollten angemessen und möglichst einheitlich sein.
2. Die Steuergesetze müssen ähnlich sein.  
Beides ist erforderlich, damit sich die Mitgliedsstaaten des gemeinsamen Marktes nicht gegenseitig Konkurrenz bei der Ansiedlung von Betrieben machen.  
Die Staaten sollten sich nur in der Schaffung des stabilsten politischen und sozialen Umfeldes Konkurrenz machen, sowie in der Bereitstellung gut ausgebildeten Personals und funktionierender Infrastrukturen.
3. Wesentlich für die Effektivität der gemeinsamen Märkte sind gemeinsame Zollbestimmungen nach außen, es werden Ein- und Ausfuhrzölle erforderlich sein.
4. Zur Erleichterung des Handels innerhalb des gemeinsamen Marktes müssen Beschränkungen und Hemmnisse beseitigt werden. Die Währungen müssen untereinander handelbar sein.  
Ausfuhrzölle sollen erhoben werden?? Ja, Sie haben richtig gelesen, auch Ausfuhrzölle können sinnvoll und erforderlich sein.

Wenn sich in einem Land mit geringer Produktivität Betriebe mit modernen Fertigungsmethoden und entsprechend hoher Produktivität ansiedeln, dann könnte den Beschäftigten dieser Betriebe wesentlich höhere Löhne bezahlt werden als den Beschäftigten der traditionellen Betriebe. Dies würde jedoch die Gesellschaft spalten und soziale Unruhen provozieren. Außerdem könnten die weniger privilegierten Bevölkerungskreise am Konsum der neuen, im Land produzierten Waren kaum teilnehmen. Es würde sich eine Zweiklassengesellschaft entwickeln. Das muss verhindert werden. Aus diesem Grund wäre es besser, wenn die Löhne auch in den neuen Betrieben dem Lohnniveau des Landes entsprechen würden, was heute auch meistens der Fall ist. Dies führt jedoch zu dem bekannten Ergebnis, dass die Waren nicht im Herstellerland verkauft, sondern mit sehr hohen Gewinnen nahezu ausnahmslos exportiert werden. Damit werden

die Menschen im Herstellerland der Früchte ihrer Arbeit beraubt. Um dies zu verhindern ist es angebracht, auf solche Waren einen Exportzoll zu erheben. Dadurch wird erreicht, dass ein Teil der Gewinne im Land bleibt. Die Regierung kann mit diesen zusätzlichen Einnahmen zum Beispiel das Bildungs- und Gesundheitswesen verbessern, was allen zugute kommt. Außerdem wird dadurch eher ein Teil der Produkte auch im Herstellerland zum Verkauf angeboten. So führt die eigene Wertschöpfung auch zu mehr Wohlstand für alle – was das Ziel ist.

**Es ist also keine grenzenlose Globalisierung erforderlich, sondern eine regionalisierte, geregelte Welthandelspolitik, die den Austausch ermöglicht und die Vielfalt erhält.**

### **Die „kleine Globalisierung“ innerhalb der EU**

Die politische Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa war richtig. Die schnelle wirtschaftliche Integration war jedoch ein großer Fehler. Die Problematik, die durch die Grenzenlosigkeit entsteht, kommt wegen der hohen Lohnunterschiede und der kurzen Entfernungen in der erweiterten EU voll zum Tragen. Eine der steigenden Produktivität angemessene Entlohnung der Arbeitskräfte ist aber nicht kurzfristig möglich, weil das Einkommen der Beschäftigten der einheimischen Betriebe, insbesondere der Bauern wegen mangelnder Produktivität nicht entsprechend angehoben werden kann, sie wäre nicht mehr konkurrenzfähig.

Es wäre erforderlich gewesen, die neuen EU-Staaten in einer zeitlich befristeten Zollunion an das Produktivitäts- und Lohnniveau der alten EU-Staaten heranzuführen. Dann wären die Investitionen der Konzerne der alten EU-Staaten viel stärker den Menschen in den neuen EU-Staaten zugute gekommen und die Entwicklung hätte nicht zu den Verwerfungen geführt, mit denen wir nun zu kämpfen haben.

Dies wird jetzt politisch wohl nicht mehr durchsetzbar sein, es muss aber zumindest die „Bolkestein-Richtlinie“ verhindert werden und weitere Schutzmaßnahmen, wie z.B. die Einführung eines Mindestlohnes, müssen ergriffen werden. Außerdem wird mit der Einführung der Ressourcensteuer das Lohngefälle reduziert und die Transportkosten erhöht. Beides wird die Verlagerung von Arbeitsplätzen reduzieren.

### **Stagnation trotz Überliquidität – Umverteilung tut Not**

Die angebotsorientierte, neoliberale Politik hat zum Ziel, die Gewinne der Unternehmen zu erhöhen, damit diese mehr investieren können. Dies können sie aber nur, wenn die Nachfrage nach neuen und/oder zusätzlichen Produkten besteht. Im Abschnitt „Erforderliches Gleichgewicht von Sparen und Konsumieren“ habe ich schon dargestellt, dass mit der Einführung der letzten großen Steuerreform diese Voraussetzung nicht mehr gegeben ist, die Unternehmen investieren die Steuergeschenke wegen mangelnder Inlandsnachfrage nicht mehr. Geld geht ins Ausland und in die Spekulation. Das muss ganz zwangsläufig zu Stagnation und Wohlstandsverlust führen.

Bei der Einführung der Maßnahmen für die Agenda 2010 wurde immer wieder betont, dass das getan werden muss, was aus sachlichen Gründen erforderlich ist, auch dann wenn es weh tut. Damit wurde der Sozialabbau begründet.

Ich bin auch der Meinung, dass das getan werden muss, was notwendig ist. Notwendig ist aber nicht weiterer Sozialabbau und Lohndumping, sondern die Rückführung des Kapitals in Inlandsnachfrage und Inlandsinvestitionen und die Unterbindung der Spekulation. Um dies zu erreichen ist, neben den oben beschriebenen Maßnahmen, vor allem eine höhere Besteuerung der Kapitaleinkommen erforderlich. Ja, das ist NOT-wendig, ob das manchen gefällt oder nicht. Wenn das kapitalistisch-marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem überleben will, dann ist dies unabdingbar, denn das kapitalistische System muss im Gleichgewicht gehalten werden, weil „das kapitalistische System keinerlei Tendenz zum Gleichgewicht aufweist.“ So schreibt George Soros, der erfolgreichste Spekulant der Nachkriegszeit in seinem Buch „Die Krise des globalen Kapitalismus“ auf 27.

Mit einer wieder (höheren) Besteuerung der Vermögenden, der Konzerne, der Kapital- und Spekulationsgewinne, der Devisen- und Börsenumsätze, mit der Schließung der Steuerschlupflöcher und der Austrocknung der Steuerparadiese würde die Überliquidität abgebaut, damit wäre weit weniger Geld für die Spekulation verfügbar, mit den höheren Steuern wäre der Staat wieder handlungsfähig, könnte wieder mehr investieren und mehr Menschen beschäftigen, die Inlandsnachfrage würde wieder steigen, die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung abgebaut. Letzteres natürlich auch zum Leidwesen der Kapitalbesitzer, denn das reduziert die Umverteilung von unten nach oben, was notwendig ist.

Das wird zu mehr Steuerhinterziehung führen, sagen die einen. Ich meine:

Wer gegen Terroristen wehrhaft ist, kann sich auch gegen Steuerhinterziehung wehren (wenn er will); oder? Und gibt es Anzeichen, dass mit der Steuersenkung die Steuerhinterziehungen weniger geworden sind?

Das wird zu Kapitalflucht führen, sagen andere (und die einen wohl auch). Könnte in manchen Fällen passieren. Aber zum Glück gibt es die EU.

**Wenn sich die Menschen in nicht all zu ferner Zukunft nicht länger von der neoliberalen Ideologie blenden lassen und sich die oben dargelegten Erkenntnisse und Notwendigkeiten durchsetzen, beginnend bei den WählerInnen, und die Politiker Machtverlust befürchten müssen, dann werden sich die Politiker der EU einigen und die notwendige Steuerharmonisierung beschließen.**

Wo soll dann das Kapital noch hinflüchten? In die todkrank-defizitären USA? Nach Russland? Argentinien? Ins überschuldete Japan? Nach China? Die beiden letztgenannten brauchen kein fremdes Geld, sie werden sich davor schützen, weil sie sonst einen Teil ihres Wohlstandsgewinns als Zins an ausländische Investoren abgeben müssten, was völlig überflüssig ist.

Dann werden bei uns keine ausländischen Investoren investieren! – Kann man noch hören.

Das kann auch von Vorteil sein, dann werden wir schon weniger ausgebeutet. Wir brauchen keine Heuschrecken, die die Betriebe zerlegen, den kurzfristigen Gewinn suchen und Mitarbeiter ent-

lassen. **Der Wohlstand hängt nicht von Investoren ab, sondern ganz allein von der Verfügbarkeit gut ausgebildeter Menschen – da gehören natürlich Führungskräfte dazu -, von der Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen, von der politischen und sozialen Stabilität des Gemeinwesens und von einer gleichgewichtigen Entlohnung der Akteure der Wirtschaft,** sodass die installierten Produktions- und Dienstleistungskapazitäten ausgelastet werden. Es gibt keinen Grund sich von den Investoren unter Druck setzen zu lassen; wir brauchen keine Heuschreckeninvestoren, sie sind wirklich unnützlich, ja sogar schädlich.

### **Auch Arbeitszeitverkürzung ist erforderlich**

Die bis hierher gemachten Vorschläge werden nicht ausreichen, um sich in einer akzeptablen Zeit von etwa 4 – 5 Jahren der Vollbeschäftigung zu nähern, da die Realisierung der Maßnahmen Zeit benötigen. Die Arbeitszeitverkürzung wird daher zumindest für eine kurzfristige Lösung erforderlich sein. Natürlich mit Lohnausgleich, jedoch nicht mit vollem Lohnausgleich, denn durch die höhere Beschäftigungsrate sinken die Sozialabgaben, ein Teil, wenn auch ein kleinerer, wird also dadurch schon ausgeglichen, der Rest kann und muss über die Produktivitätssteigerungsgewinne von den Unternehmen ausgeglichen werden.

### **Zukunftsinvestitionen in Menschen anderer Länder**

Mit den ökologischen Zukunftsinvestitionen, den finanzpolitischen Maßnahmen und der Arbeitszeitverkürzung sind immer noch nicht alle Möglichkeiten zur Kompensation der zu geringen Regenerationsleistung und zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung ausgeschöpft.

In meinem Buch habe ich noch einen weiteren Vorschlag dargestellt, den ich hier nur noch kurz erläutern möchte.

Weiter oben habe ich erklärt, warum Zukunftsinvestitionen erforderlich sind und dass die Regenerationsleistung die wichtigste Zukunftsinvestition ist. Die Erwerbsgeneration speichert mit der Erziehung und Ausbildung der Kinder ihre überschüssige Leistungskraft. Die Kinder sind unserer natürlicher „Leistungsspeicher“. Da wegen der geringen Geburtenrate dieser Leistungsspeicher zu klein ist (und in dem wir nicht alle Jugendlichen bestmöglich ausbilden, „füllen“ wir nicht einmal diesen verkleinerten Speicher voll auf), können wir als Ersatz in die Ausbildung von Menschen anderer Länder investieren.

In kleinerem Umfang können wir dies bei unseren MigrantInnen tun. Es ist ohnehin empörend, dass wir nur bestausgebildete Menschen als Zuwanderer akzeptieren. Dies ist eine sehr subtile Art der Ausbeutung der Länder des Südens, denn wir werden so die Nutznießer ihrer Zukunftsinvestitionen, ohne selbst investiert zu haben.

In wesentlich größerem Umfang und ohne die „Verpflanzung“ der Menschen in einen fremden Kulturkreis, können wir in eine nachhaltige Entwicklungsunterstützung von Partnerländern investieren. Dann werden diese Länder der „Leistungsspeicher“, in den wir jetzt überschüssige Leistung abgeben, die wir dann in 20 bis 40 Jahren,



wenn unsere geburtenschwachen Jahrgänge Unterstützung gut gebrauchen können, wieder zurückbekommen.

Die Leistungen, die wir jetzt in diese Länder abgeben würden, können in Form von Personalhilfe (Wissenstransfer) oder durch Sachinvestitionen erfolgen. In jedem Fall würden diese Leistungen ohne „Verzinsung“ an uns wieder zurück zu erstatten sein, wir verlangen von unseren Kindern (bis jetzt) ja auch keine Verzinsung für die erbrachte Regenerationsleistung. (Mit der Einführung der Studiengebühren beginnt hier allerdings ein grundlegender Wandel.)

Dieser Vorschlag mag illusorisch klingen und natürlich birgt er die Gefahr in sich, dass das eine oder andere Land nicht in der Lage sein wird, die erhaltene Leistung wieder zurück zu erstatten, das stimmt. Aber sind wir sicher, dass die Lebensversicherungen in 20 – 30 Jahren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, die zugesagten Zahlungen auch erbringen können? Die Versicherungen müssen dann einen Teil ihrer Immobilien und Aktien verkaufen; – aber an wen? Bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen werden die Immobilien dramatisch an Wert verlieren und wie sich die Preise der Aktien entwickeln werden, können Sie in einem Aufsatz aus dem Jahr 2001 des Chefökonom der HypoVereinsbank nachlesen, er prognostiziert ab etwa 2015 einen Einbruch der Aktienkurse.

Die sinkenden Preise bei Immobilien und Aktien werden sich zwangsläufig negativ auf die Zahlungsfähigkeit der Lebensversicherungen auswirken. Durch diesen Preisverfall wird dann Kapital, das wir jetzt sparen, vernichtet, es wird ganz einfach wieder zu NICHTS.

## Eine andere Welt ist möglich

Ich höre oft, dass wir uns von der Vorstellung von einer Wiedererlangung der Vollbeschäftigung verabschieden müssen, und ohne Sozialabbau, Lohnkürzungen und weiterer Staatsverschuldung würde es auch nicht gehen, weil der demographische Wandel und die Globalisierung nun mal Fakt seien.

– Irrtum!! – Genau mit diesen Maßnahmen lösen wir die Probleme nicht!

Dass Vollbeschäftigung wirklich unmöglich sein soll, leuchtet mir nicht ein!

Wenn wir durch die vorgeschlagenen Maßnahmen die erforderlichen Zukunftsinvestitionen eingeleitet haben und auf dem besten Weg sind, alle Probleme zu lösen und wenn alle sozialen Dienste mit dem erforderlichen Personal besetzt sind, und dann immer noch Arbeitslosigkeit herrscht, dann reduzieren wir weiter die Arbeitszeit und verteilen so die „Mühsal“ und die Anerkennung, die mit der Arbeit verbunden ist, auf alle Erwerbsfähigen.

Die Diskussion über eine angemessene Grundversicherung beschränkt sich dann auf die soziale Absicherung der Erwerbsunfähigen und auf die Unterstützung von Menschen, die eine solidarische Hilfe benötigen.

Und die Globalisierung, wie sie heute besteht, ist nicht „gottgewollt“ und nicht unabänderlich. Sie wurde zur Bereicherung der Kapitalbesitzer, von

diesen und von willigen PolitikerInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen, unter Zuhilfenahme der Medien propagiert und durchgesetzt. Die Indoktrination der gesamten Bevölkerung gelang so perfekt, dass selbst die Leidtragenden dieser Politik zu der „Einsicht“ gelangten, dass es dazu keine Alternative gäbe.

Ich hoffe, dass es mir gelungen ist, eine Vision für eine andere Politik verständlich darzulegen, eine Politik mit der eine andere Welt möglich wird, mit einer Wirtschaft die allen Menschen dient.

### Was noch fehlt: Auswege aus der (möglichen) spätkapitalistischen Krise

Dem kapitalistischen Wirtschaftssystem steht in den nächsten Jahren die größte Herausforderung seiner Geschichte bevor, verursacht durch 3 Entwicklungen, nämlich:

1. Die anhaltende Verschuldung der USA: die haben seit Jahren ein Außenhandelsdefizit von 500 Mrd. \$ / Jahr.
2. Der demographische Wandel in fast ganz Europa und in Japan, der dazu führt, dass sich eine riesige, langfristige Sparwelle aufbaut, die immer mehr Geld in die Spekulation spült.
3. In einigen Jahren wird die Situation eintreten, dass die Erdöl-Förderkapazitäten nicht mehr dem steigenden Bedarf angepasst werden können, weil der Zuwachs an erschließbaren Reserven geringer sein wird als die jährliche Entnahme. Dies wird zu enormen Preissteigerungen auf dem Energiemarkt führen, verbunden mit einem Abbruch des wirtschaftlichen Wachstums.

Mit einer vernünftigen, vorausschauenden Politik, etwa so wie in diesem Aufsatz vorgestellt, wären diese Probleme lösbar. Es ist aber nicht auszuschließen, dass sich diese Vernunft weltweit viel zu spät durchsetzt, und es daher zu einer kolossalen Weltwirtschaftskrise kommen kann.

Wir tun gut daran, auch für die Bewältigung dieser Situation, Strategien und Lösungsansätze zu entwickeln, um einer lang anhaltenden wirtschaftlichen Depression, verbunden mit Leid und Elend für Milliarden von Menschen, wirkungsvoll zu begegnen. Diese zu erwartende Krise des Kapitalismus wird möglicherweise sein Ende markieren.

Ich bin daher ab jetzt auf der Suche nach einem postkapitalistischen System. Wie es aussehen wird weiß ich noch nicht. Die größten Fehler des Sozialismus und des Kapitalismus möchte ich aber jetzt schon ausschließen: Es wird keinen Marktfundamentalismus, keine Planwirtschaft und keine Möglichkeit der Spekulation mehr geben können, und Eigentum darf sich nicht mehr in der Hand von wenigen konzentrieren, es wird breit gestreut sein.

Wer möchte ist herzlich eingeladen, an diesem Projekt mitzuwirken.

31.5.2006

Franz Groll  
Eichendorffstr.4  
75391 Gechingen,  
Tel/Fax 07056 2391  
Franz.Groll@gmx.de  
www.FranzGroll.de